Bezugspreis
für Halle vierteljährlich bei zweimaliger Zustellung 2,50 M., durch die Post 2,25 M., ausschl. Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Reichspostanstalten angenommen.
Im amtlichen Zeitungs-Verzeichnis unter „Saale-Zeitung" eingetragen.

Für unverlangt eingehende Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit Quellenangabe: „Saale-Ztg." gestattet.

Fernsprecher der Redaktion Nr. 1140; der Anzeigen-Abteilung Nr. 176; der Abonnementsabteilung Nr. 1133.

Morgen-Ausgabe.

Saale-Zeitung.

Siebenundvierzigster Jahrgang.

Anzeigen
werden die 6gespaltene Kolonelzeile oder deren Raum mit 30 Pfg., solche aus Halle mit 20 Pfg. berechnet und in unseren Annahmestellen und allen Annoncen-Expeditionen angenommen. Reklamen die Zeile 75 Pf. für Halle, auswärts 1 Mk.

Erscheint täglich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Redaktion und Haupt-Geschäftsstelle: Halle, Gr. Brauhausstraße 17. Nebengeschäftsstelle: Markt 24.

Nr. 39. **Halle a. S., Freitag, den 24. Januar.** **1913.**

Bestellungen auf die „Saale-Zeitung"
werden unausgesetzt von allen Postanstalten und unseren Expeditionen angenommen. **Der Verlag.**

Tagebuchblätter eines Sultans.

Gedanken und Erinnerungen des Sultans Abdul Hamid.

Eine sehr interessante Arbeit — Tagebuchblätter des entthronten Sultans Abdul Hamid II. —, die gerade in dem gegenwärtigen Moment besondere Beachtung verdient, veröffentlicht Prof. Ludwig Stein in dem Februarheft der von ihm herausgegebenen wertvollen Monatsschrift „Nord und Süd" (Verlag S. Schottkaender in Breslau). Die Memoiren des Sultans sind dem Prof. Stein von einer durchaus vertrauenswürdigen Seite zugegangen, welche die Verantwortung für deren Authentizität übernimmt.

Deutsche Politik im Orient.

Man behauptet immer, daß Bismarck nicht wie andere Diplomaten seine Gedanken hinter seinen Worten verberge, sondern stets alles ausspreche, was er denke. Möglich — aber sein Ausspruch von den Knochen des pommerschen Grenadiers, welche für den Orient zu schade seien, kann unmöglich seine wahre Meinung gewesen sein. Ich müßte ihn sonst für einen kurzsichtigen Staatsmann halten. Vielleicht hielt er damals den Zeitpunkt noch nicht für gekommen, seine Augen vor aller Welt auf den Orient zu richten. Hätte er rechtzeitig erkannt, daß es für Deutschland geradezu eine Lebensfrage ist, die Türkei stark zu erhalten, so wäre das für beide Teile besser gewesen. Es ist schade, daß uns Bismarck nicht in die Triple-Alliance aufnehmen wollte. Damals wäre es möglich gewesen! Auch Kaiser Wilhelm hätte es ruhig wagen sollen, uns dem Dreibund einzuverleiben. Anstatt seine überschüssige Kraft in der ganzen Welt zu zersplittern und Kolonien zu erwerben, von denen niemals Früchte geerntet werden, hätte Deutschland seinen Einfluß zielbewußt bis zum Persischen Meerbusen vorschieben sollen. Die Deutschen hätten dabei gewonnen, aber auch wir!

Deutschland, die Türkei und Anatolien.

Es ist wirklich höchste Zeit, daß wir den deutschen Einfluß endlich wieder zurückdrängen. Dem „Grandseigneur" (Botschafter Marschall von Bieberstein) müssen wir zeigen, daß wir gegen ihn und die deutsche Politik Mißtrauen hegen. Der Plan des deutschen Kaisers, so berichtet mir mein Botschafter aus Berlin, soll dahin gehen, eine deutsche Einflußsphäre in Kleinasien zu schaffen. Nun, gegen eine wirtschaftliche Belebung Anatoliens durch die Deutschen habe ich gewiß nichts einzuwenden, deutsche Zeitungen jedoch verlangen eine deutsche Kolonisation längs der Bagdadbahn. Was denken sich diese Zeitungsschreiber? Glauben sie, daß wir die von unseren Vätern mit schweren Opfern erkauften anatolischen Gaue deutschen Ansiedlern preisgeben werden? Von jeher haben wir leider versäumt, uns fremde Elemente vom Halse zu halten — daher kommt unser ganzes Unglück. In Anatolien wollen und müssen wir allein bleiben. Allah sei Dank, daß uns wenigstens dieser letzte Zufluchtsort für unsere von allen Seiten bedrängten Volks- und Glaubensgenossen geblieben ist.

Deutschland und Frankreich im Orient.

Die Franzosen sind sehr ungehalten, daß ich die Deutschen bevorzuge. Nun, das hat seine guten Gründe! Der Kaiser würde es schon allein fertig gebracht haben, daß ich den Deutschen meine ganze Sympathie zuwende. Das ist ein Mensch, zu dem man Vertrauen und Liebe haben muß. Er ist ein bewundernswerter Mann und wie hat er sein Land hochgebracht! — Aber der Deutsche selbst an und für sich ist mir viel lieber wie der Franzose. In seinem Charakter steht er dem Osmanli viel näher, er ist wie dieser etwas langsam und schwerfällig, aber treu und ehrlich. Der Deutsche ist fleißig und arbeitet nachhaltig, der Franzose ist auch sehr arbeitsam, aber er arbeitet nicht mit der germanischen Energie, er verzettelt vielfach seine Kräfte durch unfruchtbares Politisieren. Der deutschen Beharrlichkeit haben die Franzosen nur ihre große Begeisterungsfähigkeit entgegenzusetzen, die nur zu bald, einem Strohfeuer gleich, verschwindet. Vor allem aber ist der Deutsche — was dem Franzosen meist abgeht — über alles, was er anfaßt, gründlich unterrichtet. Daß uns Osmanen die Franzosen gegen früher weniger sympathisch sind, erklärt sich auch daran, daß sie uns Tunis genommen haben, sowie daß wir uns mit einer republikanischen Regierungsform nicht befreunden können. Dort, wo das Zepter des Monarchen fällt, kann auf die Dauer keine Ordnung herrschen!

Eine Konkurrenz des Suezkanals.

Ein interessantes Kanal-Projekt unterbreitet uns ein preußischer Offizier a. D.; er schlägt uns vor, den Suezkanal zu umgehen und ihm eine Konkurrenz zu schaffen. Die Höhenverhältnisse im Wadi-El-Araba ließen darauf schließen, daß das Tote Meer und der Golf von Akaba einstmals durch Wasser verbunden gewesen seien. Die Durchstechung von kaum 90 Kilometer Land zwischen dem Toten Meer und dem Roten Meer würde genügen, um das ganze Gebiet in einer Breite von 25—30 km wiederum unter Wasser zu setzen. An Stelle des Jordantales und des Ghor — so führt der Herr weiter aus — wird dann ein großer Binnensee entstehen, an dessen Gestaden, wie in uralter Zeit, Handel und Wandel wieder erblühen dürfte. Durch genaue topographische Aufnahmen müßte festgestellt werden, ob sich nicht von diesem weiten Binnensee, der mir zu Ehren „Abdul Hamid-See" genannt werden soll, eine Verbindung nach dem Mittelmeer herstellen ließe. Die politische Bedeutung dieser Kanäle dürfte nicht geringer sein, als die wirtschaftliche; ein Teil des Suezkanal-Verkehrs würde auf den Syrischen Kanal abgelenkt werden, die Türkei und deren befreundete Staaten werden dann unabhängig vom Suezkanal sein. Die Kosten sollen 120 Millionen nicht überschreiten. Diese Ausführungen des preußischen Offiziers verdienen unsere Beachtung; eine Spezialkommission soll sich damit beschäftigen und das Projekt nachprüfen.

Bulgarien.

Ein interessantes Dokument hat mein Kaiserlicher Kommissar Nedschib (in Sofia) in seine Hände gebracht. „Der Zeitpunkt ist noch nicht gekommen", so schreibt der russische Botschafter (Sinowjew) meinem Vasall Ferdinand — „um Bulgarien selbständig zu machen. Warten Euere Kgl. Hoheit eine bessere Gelegenheit ab; Rußland kann zurzeit keine Versprechungen machen. Vor allem wird es sich empfehlen, Oesterreich-Ungarn geneigter zu machen" usw. Der schlaue Nedschib hätte nicht so große Summen auszugeben brauchen, um sich diesen Brief zu beschaffen. Daß Ferdinand auch in Wien alle Hebel in Bewegung gesetzt hat, um dort Unterstützung für die Losreißung Bulgariens von der Türkei zu erlangen, hat mir mein Wiener Botschafter schon lange gemeldet. Trotz aller seiner Liebenswürdigkeit und Unterwürfigkeit zu uns ist dem Fürsten Ferdinand nicht zu trauen! Möge er es nur wagen, sich zum König auszurufen! Das können und dürfen wir niemals gestatten, wenn wir nicht unser Prestige als Großmacht einbüßen wollen. Die Adrianopeler Truppen sollen in diesem Falle sofort nach Sofia marschieren. Rußland wird es sich überlegen, einzugreifen; Oesterreich würde einen groben Fehler begehen, wenn es Bulgarien in seiner Großmachtssucht unterstützen wollte.

Deutsches Reich.

Erst mit 14 Jahren strafmündig.

Die Kommission des Reichstages für das Jugendgerichts-Gesetz begann am Donnerstag die Beratung. Eine Reihe von Anträgen wünscht die Vorlegung von Material. Eingehende Erörterung veranlaßte ein Antrag Kerschensteiner (Vp.), der eine Heraufsetzung der Strafmündigkeit auf das 14. Lebensjahr fordert.

Das Zentrum sprach gegen den Antrag. Die Erörterung hierüber löste eine mehrfach minutenlange Heiterkeit aus, als der Antragsteller, Schulrat Kerschensteiner, von seinen Jugendsünden erzählte, wie er als zehnjähriger Knabe wegen Brandstiftung und Bandendiebstahls verurteilt wurde und welche Erlebnisse er in der Strafanstalt gehabt hat.

Ein sozialdemokratischer Abgeordneter begründete nun einen Antrag, statt des 14. Jahres das 16. zu setzen. Ein Zentrumsredner trat dem Vorredner entschieden entgegen. Nach weiterer Debatte wurde der sozialdemokratische Antrag gegen 6 Stimmen abgelehnt und folgender Antrag Kerschensteiner mit 19 Stimmen angenommen:

„Wer bei Begehung der Handlung das 14. Lebensjahr nicht vollendet hat, kann wegen derselben nicht strafrechtlich verfolgt werden."

Zur Ausländerfrage an deutschen Hochschulen.

Einen wichtigen Beschluß zur Ausländerfrage an den deutschen Hochschulen hat der große Senat der Technischen Hochschule in Darmstadt mit folgendem gefaßt: Die bis einschließlich zum Wintersemester 1909/10 in der Großherzoglichen Technischen Hochschule eingetretenen Absolventen der russischen neunklassigen Realschulen (einschl. Ergänzungsklassen) oder der diesen gleichwertigen russischen Schulen können nur noch spätestens im Oktober 1913 die Diplomvorprüfung (einschl. Wiederholungs- und Ergänzungsprüfungen), und spätestens im Dezember 1915 die Diplom-Hauptprüfung (einschl. Wiederholungs- und Ergänzungsprüfungen) ablegen. Nach diesem Termin finden Zulassungen zur Diplom-Vor- oder -Hauptprüfung unter keinen Umständen mehr statt. Auch werden keine Ausnahmen mehr genehmigt.

Die Jesuitenfrage

ist in ein neues Stadium eingetreten. Wie die „B. Z." erfährt, schweben zwischen dem Staatssekretär im Reichsamt des Innern Dr. Delbrück und dem Zentrum, das insbesondere durch den Abgeordneten Fehrenbach vertreten wird, Verhandlungen, die darauf abzielen, eine Verständigung zwischen der Regierung und dem Zentrum in der Frage des Jesuitengesetzes herbeizuführen. Die Verhandlungen bewegen sich etwa auf folgender Grundlage: Der frühere § 3 des Gesetzes, jetzt § 2, vom 4. Juli 1872, lautet:

„Die zur Ausführung und Sicherstellung des Vollzugs dieses Gesetzes erforderlichen Anordnungen werden vom Bundesrat erlassen."

Dieser Paragraph ist von entscheidender Bedeutung, denn er hat seinerzeit und auch jüngst wieder dem Bundesrat die Möglichkeit gegeben, das Jesuitengesetz zu verschärfen. Käme es zur Aufhebung dieses Paragraphen, so bliebe von dem ganzen Gesetz nur noch § 1 übrig, der im allgemeinen ausspricht, daß der Jesuitenorden vom Gebiet des Deutschen Reiches ausgeschlossen und die Errichtung von Niederlassungen des Ordens untersagt ist. Jede Aenderung des bestehenden Zustandes würde dann also nicht mehr nur im Wege eines Bundesratsbeschlusses, sondern nur im Wege des Gesetzes, d. h. durch den Reichstag erfolgen können. Und bei der Fassung eines solchen Beschlusses hätte das Zentrum dank seiner Stärke im Reichstag das gewichtigste Wort mitzureden.

Die Post in der Budgetkommission.

Auf der Tagesordnung der Budgetkommission des Reichstages steht jetzt der Postetat. Zunächst wurde die zweite Lesung des Postscheckgesetzes erledigt. Auf nationalliberale Anfrage gab Staatssekretär Kraetke Auskunft über den finanziellen Effekt einer Ausdehnung des Fünfpfennigtarifs für Einzahlungen; er bekämpft sie auch aus dem Grunde, um den Ueberweisungsverkehr zu vermehren. Mit der Herabsetzung der Einlage von 50 auf 25 Mark ist er einverstanden.

Hierauf wird der Postetat weiter besprochen. Bei den Gehaltstiteln bespricht der Berichterstatter die Denkschrift der Regierung und die nationalliberalen und fortschrittlichen Resolutionen dazu. Es wird darin unter anderem eine Vermehrung der Stellen vorgeschlagen, die vielleicht in Zukunft wieder wegfallen könnten. Es soll damit dem Stocken im Aufrücken im Gehalt etwas abgeholfen werden. Ferner liegen Anträge der beiden liberalen Parteien vor auf Berücksichtigung der

Wünsche der mittleren Postbeamten.

Ein Regierungsvertreter gibt die ungünstigen Beförderungsverhältnisse in der höheren Laufbahn zu. Es müsse etwas geschehen. Die Schaffung neuer höherer Stellen habe aber immer Schwierigkeiten im Reichstage gefunden. Bei der Besoldungsordnung haben Aufbesserungen stattgefunden, namentlich durch Erhöhung des Wohnungsgeldes. Dennoch ist die Stockung im Aufrücken bedauerlich, die im nächsten Jahre noch empfindlicher werden wird. Es finden aber schon Verhandlungen mit dem Reichsschatzamt statt, um diesen Uebelständen abzuhelfen.

Von den zahlreichen Anträgen und Resolutionen, die der Beratung zugrunde liegen, sind zu erwähnen drei Resolutionen, gemeinsam von Bed-Heidelberg (Natl.) und Hubrich (Fortschr. Vp.) gestellt. Die eine ersucht den Reichskanzler, durch stärkere Vermehrung der höheren Stellen, besonders der Endstellen, durch Festsetzung des Besoldungsdienstes beim Einrücken in die höhere Besoldungsklasse in sinngemäßer Anwendung der für die Direktoren und Vizedirektoren bereits geltenden günstigeren Bestimmungen der Gehaltsvorschriften oder durch Bewilligung von Zulagen an diejenigen höheren Beamten, die in einer Durchgangsstelle länger als drei Jahre auf demselben Gehaltssatz verbleiben, Maßregeln zu treffen, um die durch die verschlechterten Beförderungsverhältnisse für die höheren Post- und Telegraphenbeamten gegenüber den Absichten der Besoldungsordnung von 1909 eingetretenen Nachteile zu beseitigen. — Eine zweite Resolution fordert für verschiedene Kategorien von Bureaubeamten Stellenzulagen von 300 Mark, eine dritte ersucht den Reichskanzler, erneut zu veranlassen, daß die Post- und Telegraphensekretär-Prüfung mit Genehmigung des Reichspostamtes zum zweitenmal wiederholt werden kann. Eine Resolution des Zentrums ersucht den Reichskanzler, noch in dieser Session vor der dritten Lesung des Etats einen Gesetzentwurf zum Besoldungsgesetz vorzulegen, durch den für die Postassistenten und Postunterbeamten die Gehaltssätze — 1800 bis 3600 Mark respektive 1200 bis 1800 Mark — eingefügt werden, die der Reichstag im Jahre 1909 in zweiter Lesung beschlossen hat. — Zahlreiche Anträge wünschen eine Erhöhung der Ziffern bei einer Reihe von Gehaltspositionen des Etats. Die 300 Mark Zulage fordert ein fortschrittlicher Antrag für die aus der Eleven-Klasse hervorgegangenen Beamten.

Von Regierungsseite wird betont, daß nach dem Besoldungsgesetz das Höchstgehalt 4800 Mark nicht übersteigen soll. Ein Konservativer erkennt an, daß die Eleven mit anderen Hoffnungen in den Dienst getreten sind, glaubt aber der Resolution doch nicht zustimmen zu können. Dagegen stimmten die Konservativen für die Resolution über die Vermehrung der höheren Stellen, und die Resolution wurde angenommen.

Die Abstimmung ergibt weiter die Ablehnung der von den Liberalen beantragten Resolutionen über die Stellenzulagen für die Bureaubeamten. Die Resolution über die zweimalige Wiederholung der Sekretärprüfung wird von dem Regierungsvertreter bekämpft, der darauf hinweist, daß in früherer Zeit die beteiligten Verbände sich auch nicht dafür ausgesprochen haben. Dagegen spricht ein Zentrumsmitglied für die Resolution, ferner für eine mildere Handhabung bei Feststellung des Ergebnisses der Prüfung.

Der Staatssekretär weist hiergegen darauf hin, daß es bei den Assistentenverbänden immer der Wunsch war, dem Sekretärexamen nichts von seiner Strenge zu nehmen. Der von Zentrumsseite geforderte Ausgleich zwischen den verschiedenen Fächern empfiehlt sich nicht, weil eine Wiederholung des Examens nur für die Fächer nötig ist in denen das erste Mal nicht bestanden war.

Ein nationalliberaler Redner erklärt, daß jetzt die Verbände anders denken als früher und bittet dringend um Annahme der Resolution, während der Staatssekretär

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19130124011/fragment/page=0001

die strengere Handhabung im Interesse der wirklich befähigten Beamten verteidigt. Er lehnt die Resolution rundweg ab. Nach langer Verhandlung, in der die Regierung von ihrem Standpunkt nichts aufgibt, wird die Resolution einstimmig angenommen.

Die Assistentenfrage führt gleichfalls zu einer eingehenden Besprechung, insbesondere bemängelt der Berichterstatter die Ungleichheit der Organisationen bei der Post und Eisenbahn, wodurch eine Gleichsetzung der Assistenten hier und dort nicht angängig sei. Eine Aenderung der Besoldungsordnung wird allseitig abgelehnt, es kann aber innerhalb dieser Ordnung ein Ausweg gefunden werden durch Gewährung von Zulagen. Die Mehrforderungen für die Assistentenklasse würden für das ganze Reich etwa 3 700 000 Mark betragen, die leicht zu beschaffen sind, wenn dadurch Zufriedenheit herbeigeführt wird. Ein Sozialdemokrat beantragt eine Generaldebatte für alle Gehaltsforderungen, weil er seine Stellung zu diesem Titel von der Bewilligung der für Unterbeamte geforderten Aenderungen abhängig machen will. Die Verhandlung wird Freitag stattfinden.

Auflösung.

Wie aus Metz gemeldet wird, hat der Bezirkspräsident von Lothringen den Souvenir alsacien-lorrain auf Grund des § 2 des Vereinsgesetzes aufgelöst, weil die beschlagnahmten Papiere ergeben haben, daß der Souvenir alsacien-lorrain die Fortsetzung des Souvenir français ist. Sein Zweck sei ein politischer, denn er wolle neben der Pflege des Andenkens an die gefallenen Krieger unter der Bevölkerung Sympathien für Frankreich erwecken und nähren, um sie dadurch dem Reiche zu entfremden und die Losreißung von Deutschland vorzubereiten.

Hof- und Personalnachrichten

Ueber die Erkrankung des Prinzen Adalbert

wird noch folgendes bekannt: Prinz Adalbert, der erst am vergangenen Donnerstag von einem zehntägigen Jagdaufenthalt in Tirol über Karlsruhe nach Berlin zurückgekehrt war, hatte im Königlichen Schlosse im Prinzenquartier Wohnung genommen. Schon am Sonnabend fühlte sich der Prinz nicht recht wohl. Er nahm aber trotzdem an den Feierlichkeiten aus Anlaß des Kapitels des Schwarzen Adlerordens teil. Die immer heftiger werdende Unpäßlichkeit, zu der auch leichte Fiebererscheinungen und starker Hustenreiz traten, zwang am Dienstag den Prinzen, das Bett zu hüten. Die Kaiserin widmete sich selbst der Pflege des Prinzen, den der Leibarzt des Kaisers, Oberstabsarzt Dr. Riedner, behandelt, und nahm daher auch nicht an der Militärdefilierconr am Dienstag teil. Donnerstag konnte der behandelnde Arzt den Ausbruch der Masern, der mit einer leichten Lungenentzündung verbunden ist, konstatieren. Das Befinden ist im allgemeinen günstig, so daß die Krankheit sich normal abwickeln dürfte. Irgend eine Gefahr besteht nicht.

* Der Kaiser nahm Donnerstag vormittag im Schlosse die Vorträge des Kriegsministers Generals der Infanterie von Heeringen und des Chefs des Militärkabinetts Generals der Infanterie Freiherrn von Lyncker entgegen.

Mk. Preußischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

117. Sitzung, Donnerstag, 23. Januar.

Am Ministertisch: Freiherr v. Schorlemer.

Vizepräsident Dr. Porsch eröffnet die Sitzung um 11 Uhr 15 Minuten.

Der Landwirtschaftsetat.

(Dritter Tag.)

Abg. Wamhoff (Natl.):

In meiner Heimatprovinz Hannover ist es mit der Verschuldung nicht so arg, da bei uns von altersher das Anerbenrecht herrscht. Die innere Kolonisation unterstützen auch wir aufs wärmste. Eine vernünftige Aufteilung der Domänen würde der inneren Kolonisation sehr dienlich sein. Eine Aufhebung der wenigen jetzt noch vorhandenen Futtermittelzölle würde die Fleischversorgung in keiner Weise fördern. Einer weiteren Oeffnung der Grenzen für ausländisches Fleisch und Vieh würden wir entschieden widersprechen. Wir dürfen nicht wie England in unserer Viehproduktion vom Auslande abhängig werden.

Außerhalb der Tagesordnung wird ein schleuniger Antrag Underberg (Zentr.) erledigt. Der Antrag ersucht das Abgeordnetenhaus, seine Genehmigung dazu zu erteilen, daß das gegen den Antragsteller bei der Staatsanwaltschaft zu Cleve anhängige Strafverfahren wegen Meineides seinen Fortgang nehme.

Abg. Underberg (Zentr.)

begründet den Antrag selbst und bittet um sofortige Annahme, da morgen bereits ein Termin anstehe.

Abg. Mathis (Natl.)

ersucht als Vorsitzender der Geschäftsordnungskommission gleichfalls um sofortige Annahme. Es handele sich hier um einen außergewöhnlichen Vorgang, bei dem Eile nottue. Das Haus möge daher auf die Formalität, daß die Geschäftsordnungskommission den Antrag auf Genehmigung stelle, verzichten und ihm gleich im Plenum seine Zustimmung geben.

Der Antrag wird debattelos angenommen.

Sodann wird die Debatte zum Landwirtschaftsetat fortgesetzt.

Abg. Meyer-Rottmannsdorf (Freikons.)

polemisiert gegen den Abg. Dr. Wachnicke und wendet sich gegen eine Aufhebung der Futtermittelzölle.

Ein Schlußantrag wird gegen Zentrum, Freisinn und Sozialdemokraten angenommen.

Abg. Hoffmann (Soz.):

Gerade die Annahme dieses Schlußantrages bedauere ich, weil ich als Berliner Stadtverordneter und Mitglied der Berliner Teuerungskommission den Landwirtschaftsminister gern gefragt hätte, ob er nicht endlich Ende Januar Antwort geben will, wie sich die Fleischversorgung Berlins gestalten werden. Die Stadt Berlin hat für die Vorbereitung bereits Hunderttausende opfern müssen. (Hört! Hört! links.)

Es folgt die Spezialberatung.

Abg. Dr. Flesch (Vp.):

bittet darauf Bedacht zu nehmen, daß ein Ausgleich zwischen Juristen und Technikern insofern herbeigeführt wird, daß die Landmesser nicht regelmäßig den Spezialkommissaren, die Juristen sind, unterstellt sind.

Eine Resolution der Budgetkommission, die Mittel für das landwirtschaftliche Unterrichtswesen von 1914 ab entsprechend den zu gewerblichen Schulzwecken gemachten Aufwendungen zu erhöhen, wird angenommen. Eine Petition auf Regelung der Anstellungs- und Besoldungsverhältnisse der Landwirtschaftslehrer wird der Regierung in dem Sinne zur Erwägung überwiesen, daß der Minister gebeten wird, darauf hinzuwirken, daß die Besoldungsverhältnisse der Direktoren und Lehrer landwirtschaftlicher Lehranstalten unter Berücksichtigung der besonderen Verhältnisse möglichst gleichgestellt werden.

Abg. Dr. Heß (Zentr.)

führt Klage darüber, daß bei der Gewährung der staatlichen Zuschüsse für das ländliche Fortbildungsschulwesen der Osten zum Nachteil des Westens der Monarchie begünstigt wird: Die Wohlhabenheit der Rheinprovinz ist gar nicht so groß, wie man glaubt. Wir müssen nach wie vor die Einführung der Religion in den ländlichen Fortbildungsschulen fordern.

Abg. Korfanty (Pole):

Die Begünstigung des Ostens bei den staatlichen Zuwendungen erklärt sich daraus, daß die Schule bei uns nur den Zweck verfolgt, die polnische Jugend deutsch zu machen.

Abg. Hoffmann (Soz.):

Herr Korfanty mag sich trösten. Die Fortbildungsschulen dienen nicht nur dazu, aus Polen Deutsche zu machen, sondern sie sollen überhaupt unterwürfige und ausbeutungsfähige Objekte für die Junker schaffen. (Lärm rechts.) Wird der Religionsunterricht eingeführt, dann werden wir dafür sorgen, daß die Schüler Fragen stellen, die die Lehrer in arge Verlegenheit bringen werden. (Unruhe rechts und im Zentr.)

Abg. Glattfelter (Zentr.):

Mögen die Schüler nur fragen. Ein Tor kann ja mehr fragen, als zehn Weise beantworten können. Im übrigen müssen diese Religionslehrer natürlich den Fragen der Schüler gewachsen sein. Dieser Religionsunterricht ist notwendig angesichts der ständigen Anfeindungen, die in der Werkstatt und in der Fabrik gegen die Religion erhoben werden. Die Mächte des Unglaubens sind überall an der Arbeit. Daher muß für einen ernsten und zu Herzen gehenden Religionsunterricht gerade in den Fortbildungsschulen gesorgt werden. (Beifall im Zentr.)

Landwirtschaftsminister Frhr. v. Schorlemer:

Die Klagen Dr. Heß's sind unberechtigt. Für Rheinland und Westfalen war für das ländliche Fortbildungsschulwesen durch die Organe der Selbstverwaltung bereits so viel geschehen, daß für den Staat nicht viel zu tun übrig blieb. Daher die geringen Staatszuschüsse. Wenn der Westen den Vorzug hat, auf kulturellem Gebiete weiter zu sein als der Osten, dann muß er sich auch gefallen lassen, daß für den zurückgebliebenen Osten etwas mehr geschieht. Natürlich verbinden wir mit den ländlichen Fortbildungsschulen auch eine nationale Erziehung unserer Jugend. (Beifall rechts.) Die Anschauungen des Abg. Korfanty haben in den Fortbildungsschulen selbstverständlich keinen Platz, und noch weniger die des Abg. Dr. Hoffmann. (Stürmische Heiterkeit.) Auch die Regierung glaubt, daß in den Fortbildungsschulen nicht nur an den Verstand, sondern auch an das Herz und Gemüt der Schüler appelliert werden soll, und daß dies nicht ohne religiöse Unterweisung möglich ist. (Beifall im Zentrum.) Die Regierung ist aber bisher der Ansicht, daß diese Unterweisung Sache der Religionsgemeinschaften ist. Ob der Religionsunterricht in den Lehrplan aufgenommen werden soll, mag das Haus demnächst entscheiden, wenn der Gesetzentwurf für das ländliche Fortbildungsschulwesen im Rheinland an das Haus gelangen wird. Wenn der gute Wille zu einer Verständigung mit der Staatsregierung dann da sein wird, wird sich auch ein Weg finden. (Beifall rechts und im Zentrum.)

Abg. Ramdohr (Freikons.)

bittet, bei der Aufstellung des Lehrplans für die ländlichen Fortbildungsschulen der Betätigung der Individualität des Lehrers einen gewissen Spielraum zu lassen.

Abg. Hoffmann (Soz.):

Den Doktor-Titel des Landwirtschaftsministers weise ich entschieden zurück. (Heiterkeit.) Dieser Titel, von einem so rüstständigen Minister verliehen, wäre noch minderwertiger, als sonst. (Erneute Heiterkeit.) Unsere Angriffe richten sich nicht gegen die Religion, sondern gegen den Mißbrauch der Religion durch das Zentrum.

Abg. Glattfelter (Zentr.):

Das möge Herr Hoffmann erst einmal beweisen.

Abg. Hoffmann (Soz.):

Ich bezweifle nicht, daß die Lehrer die Fragen der Schüler beantworten können, aber daß sie es wahrheitsgemäß dürfen.

Abg. Meyer-Diepholz (Natl.):

Die Lehrer an den Winterschulen müssen besser gestellt werden.

Abg. Engelbrecht (Freikons.):

Eine wichtige Aufgabe ist, wie den Schülern durch geeignete Verbindungen der tägliche Besuch der Winterschule zu ermöglichen ist. Hier kann die Eisenbahnverwaltung ein wertvolles Entgegenkommen beweisen, und die Schüler bleiben dann doch auch im Winterhalbjahr unter dem erziehlichen Einfluß der Eltern. Die Winterschule sollte auch der gegebene Kristallisationspunkt des Kreises für die Schaffung einer Bibliothek sein. Leider bestehen in weiten Bezirken Preußens noch keine Winterschulen.

Abg. Tourneau (Zentr.):

Die Kultur der Wiesen ist vielfach noch unentwickelt. Das Verständnis für eine rationelle Wiesen- und Weidekultur muß schon bei der Ausbildung der Landwirtschaftslehrer geweckt werden. Eine gründliche Ausbildung über Melioration und Moorkultur schafft auch Sinn für die Bewässerungsfragen.

Abg. Brandhuber (Zentr.):

Der Wert der Ackerbauschulen wird oft übersehen.

Beim Kapitel Tierärztliche Hochschulen betont

Abg. Dr. Heß (Zentr.):

Preußen erkennt den in der Schweiz erworbenen Titl Dr. med. vet. nicht an. Dagegenandern Bundesstaaten wie das Königreich Sachsen, Elsaß-Lothringen, Sachsen-Weimar u. a. Gegen diese Ungleichheit wendet sich eine Petition von 479 Petenten, die wir aufs wärmste unterstützen.

Abg. Dr. Arning (Natl.):

Es ist erfreulich, daß die Tierärztliche Hochschule in Hannover endlich eine Rektoralverfassung erhalten hat. Auch wir befürworten die Petition der Tierärzte um Führung der schweizerischen Dr. med. vet. in Preußen. Das was in der Schweiz verlangt wird, stimmt durchaus mit dem überein, was an den preußischen tierärztlichen Hochschulen gefordert wird.

Abg. Wenke (Vp.)

unterstützt gleichfalls die Petition.

Abg. Dr. v. Campe (Natl.):

Früher lehnte man die Führung des schweizerischen Doktortitels ab, weil wir diese Einrichtung nicht hatten. Nachdem inzwischen aber auch bei uns der Dr. med. vet. eingeführt ist, soll man nun auch daraus die Konsequenz ziehen.

Abg. Meyer-Diepholz (Natl.):

Neuerdings ist die Befürchtung aufgetaucht, die Maul- und Klauenseuche werde durch Strohhülsen verschleppt. Mir scheint das unbegründet, aber man soll das doch einmal nachprüfen.

Abg. Hoveler (Zentr.)

bittet die Regierung um möglichst billige Abgabe von Impfstoff gegen die Schweineseuchen.

Ein Regierungskommissar: Es werden schon große Mittel dahingegeben, aber der Erfolg ist leider noch nicht zufriedenstellend.

Abg. Berndt (Zentr.)

Die Scheidenkrankheiten der Rinder haben einen Umfang angenommen, daß auch dagegen energischer vorgegangen werden muß. Man sollte eine Anzeigepflicht für diese Seuche einstellen.

Landwirtschaftsminister Frhr. v. Schorlemer:

Es ist noch nicht möglich gewesen, ein absolut wirksames Mittel gegen diese Seuche zu finden, und solange das nicht geschehen ist, wird auch eine Anzeigepflicht nichts nützen.

Abg. Heine (Natl.)

tritt für eine Besserstellung der Nahrungsmittelchemiker ein.

Geheimrat Nevermann:

Die Angelegenheit wird von der landwirtschaftlichen Verwaltung wohlwollend weiter verfolgt werden.

Abg. Hoff (Vp.):

Gewiß liege die Züchtung der Remonten im allgemeinen Interesse. Aber vor allem den kleinen Züchtern sollte die Regierung ihr Interesse zuwenden und ihnen Prämien für Mutterstuten gewähren. Im Regierungsbezirk Gumbinnen herrscht bei den kleineren und mittleren Besitzern Unwille über die Körordnung von 1910, die sie in dieser Beziehung geschädigt hat. Derartige Schädigungen sollte man auch durch die Allgemeinheit abgeholfen werden.

Abg. Hoveler (Zentr.)

tritt für eine Förderung des Molkereiwesens ein.

Abg. Bareuhorst (Freikons.)

wünscht, daß im Interesse der Bienenzucht den bienenwirtschaftlichen Vereinen steuerfreier Zucker zur Verfügung gestellt wird.

Abg. Dr. Röchling (Natl.):

Von den Bienen zu den Ziegen! (Heiterkeit.) Die Ziege und das Schwein sind das Vieh des kleinen Mannes und wir suchen daher im Saarrevier unter den Bergleuten Interesse für die Ziegen- und Schweinezucht zu erwecken. Die Versuche sollte die Regierung unterstützen. Der Redner trägt Beschwerden über das Liegenlassen der Dungstoffe auf der Straße vor.

Landwirtschaftsminister Frhr. v. Schorlemer:

Es sind schon kreispolizeiliche Vorschriften über die Verbesserung und Instandhaltung der Dungstätten erlassen. Die Beschwerde werde ich an den hierfür zuständigen Minister des Innern weitergeben.

Abg. Lüders (Freikons.):

Die Züchtervereinigungen sollten noch mehr unterstützt werden. Das käme der Fleischversorgung zugute.

Abg. Hoffmann (Soz.):

In der Budgetkommission hat kein Redner über die Förderung der Viehzucht gesprochen. Das zeigt, daß es Ihnen mit der Beseitigung der Fleischnot gar nicht Ernst ist. Der Minister hat den kleinen Leuten empfohlen, Kaninchen zu halten. Die Hausbesitzer in Berlin sind darüber schon rebellisch geworden. (Heiterkeit.) Der Redner spricht ausführlich über die Fleischteuerung.

Die Stadt Berlin hat bis heute vom Minister noch keine Auskunft darüber erhalten, wie es im Sommer mit ihrer Fleischversorgung werden soll, ob ihr der Bezug von ausländischem Vieh über den 1. April hinaus gestattet werden soll. Die Stadt muß sich doch darauf einrichten. Graf Spee hat der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß es nun bald besser wird mit der Fleischnot. Er muß es ja wissen, denn er ist eine Autorität für den Rindviehbestand in Deutschland. (Stürmische Heiterkeit.) Der Obermeister der Fleischerinnung Krieshe hat sich beim Minister über die Konkurrenz der städtischen Fleischeinfuhr beschwert. Darunter leide die Steuerkraft des Fleischergewerbes. Das verstehe ich sehr wohl. Er soll sich bei Ihnen bedanken. Die Schlächter haben ja selber daran mit schuld, daß solche Abgeordneten hier ins Parlament gekommen sind. Das eine Gute hat Ihr Verhalten gehabt, und dafür danke ich Ihnen speziell, daß endlich einmal die Frauen, die ja ihrer ganzen Erziehung nach konservativ sind, eingesehen haben wo ihre wahren Freunde sitzen, und von der Mitarbeit der Frauen erwarten wir ganz besonders viel. Der Bund der Landwirte, der angeblich für den Schutz der nationalen Arbeit eintritt, hat übrigens seine Wahlpostkarten in Amerika drucken lassen. (Der Redner legt eine solche Postkarte auf den Tisch des Hauses nieder.)

Landwirtschaftsminister Frhr. v. Schorlemer:

Ich hoffe, schon in wenigen Tagen der Stadt Berlin die gewünschte Auskunft geben zu können. Die der Stadt Berlin eingeräumte Genehmigung läuft erst am 1. April d. J. ab. Berlin hat also dann noch über zwei Monate zur Vorbereitung und kann in dieser Zeit die für den Sommer notwendige Gestellung von Kühlwagen noch in aller Ruhe bewerkstelligen. Ich bedaure, daß der Abg. Hoffmann meine Vorschläge auf Hebung der Kaninchenzucht mit einigen billigen Scherzen abzutun gesucht hat. Ich habe selbstverständlich nicht verlangt, daß Berliner Einwohner sich in einen Widerspruch mit ihren Mietskontrakten setzen sollen, um Kaninchen zu züchten. Diese Leute werden sich nach wie vor auf den Vogelbauer beschränken müssen. (Heiterkeit.) Aber viele Arbeiter, die außerhalb der Stadt auf dem Lande wohnen und kleine ländliche Besitzer können sich Kaninchen halten. In Frankreich werden jährlich über 100 Millionen Kaninchen gezüchtet und verzehrt. (Hört! Hört! rechts.) Daran können Sie sehen, wie die Fleischproduktion im eigenen Lande wenigstens teilweise mit gehoben werden kann. Aber es kommt ja heute nicht mehr nur auf die Quantität an. Unser kaufendes Publikum, und zwar nicht nur das bessere Publikum, sondern auch die arbeitende Bevölkerung, sieht heute nicht nur auf die Quantität, sondern auch auf die Qualität des Fleisches. (Sehr richtig! rechts.)

Dieses bessere Fleisch aber wird nicht in den kleinsten Betrieben gesüchtet, sondern in den mittleren und großen Betrieben. Wir werden deshalb nach wie vor daran festhalten müssen, daß die Aufteilung des großen Besitzes ihre berechtigten im volkswirtschaftlichen und staatlichen Interesse liegenden Grenzen hat. (Sehr richtig! rechts.) Was das Molkereiwesen anlangt, so haben wir schon vor einigen Monaten einen Erlaß herausgegeben, die Bestimmungen über den Verkehr mit Milch möglichst einheitlich zu gestalten und vor dem Erlaß neuer Polizeiverordnungen die Landwirtschaftskammern zu hören. Ohne Polizeivorschriften geht es nun einmal nicht ab, denn die Zahl der Milchpantscher ist immer noch eine große. Die Bestrafung dieser Mißetäter soll nach wie vor energisch erfolgen. (Bravo!) Die Forderungen des Abg. Varenhorst für die Imker erinnern an das französische Sprichwort, daß der Appetit beim Essen kommt. Jetzt verlangen die Imker gar, daß sie reinen und unverfälschten Zucker steuerfrei bekommen. Da ist es wirklich möglich, daß diesen Zucker nicht die Biene, sondern am Sonntag nachmittag die Hausfrau zum Kaffee bekommt. (Heiterkeit.)

Abg. Hoffmann (Soz.):

Wird der Stadt Berlin die Genehmigung zur Einfuhr russischen Fleisches nicht bis zum 1. April 1914 erteilt, dann ist es ihr absolut unmöglich, russisches Fleisch weiter einzuführen. Die Verhandlungen mit den russischen Bahnen dauern lange Zeit, und auch die Deutsche Kühlwagen-Verleihanstalt verlangt, daß wir mindestens auf drei Jahre abschließen. Außerdem müssen wir in Warschau Kühlvorrichtungen bauen. Zu diesen Vorbereitungen brauchen wir mehr als zwei Monate. Es ist mir nicht eingefallen, die Kaninchenzucht lächerlich zu machen. Das hat der Minister getan, der für die Forderung der Kaninchenzucht gange 250 Mark im Jahre 1911 ausgegeben hat.

Landwirtschaftsminister Frhr. v. Schorlemer:

Der Antrag der Stadt Berlin, ihr die Genehmigung für die Einfuhr russischen Fleisches über den 1. April hinaus zu verlängern, ist vor etwa 14 Tagen bei mir eingegangen. Er mußte selbstverständlich in bezug auf die Modalität der Einfuhr und daraufhin geprüft werden, ob ein Bedürfnis vorliegt oder nicht. Ich habe vorläufig die Absicht, der Stadt Berlin die Einfuhrerlaubnis bis über den Sommer hinaus zu verlängern, weil ich der Meinung bin, daß die Begründung, die die Stadt Berlin ihrem Antrag gegeben hat, sich hauptsächlich auf den Sommer bezieht. (Hört! Hört! rechts.) Wenn dann im Oktober eine Verlängerung dieser Erlaubnis notwendig sein sollte, so wird es immer noch Zeit sein. Auch im vorigen Jahr hat die Stadt Berlin die Genehmigung zur Einfuhr erst in den letzten Tagen des Oktober erhalten. Nach etwa drei Wochen war das erste russische Fleisch in Berlin eingeführt. (Hört! Hört! rechts.) Die Summe von 250 Mk. die wir für die Förderung der Kaninchen-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19130124011/fragment/page=0002

zucht ausgegeben haben sollen, beruht auf einer irrtümlichen Annahme des Abg. Hoffmann.

Abg. Malkewitz (Kons.):

Der Bund der Landwirte hat die Wahlpostkarten bei einem deutschen Unternehmer bestellt, und sie sind ihm auch von einem deutschen Unternehmer geliefert worden. Der Bund der Landwirte hätte den Auftrag diesem Unternehmer nicht gegeben, wenn er gewußt hätte, daß die Karten in Amerika gedruckt würden. Wer den Bund der Landwirte kennt, wird nicht annehmen, daß er absichtlich einen Druckauftrag nach Amerika gibt, nur um Geld zu sparen. (Sehr richtig! rechts.)

Abg. v. Kloeden (b. k. F.):

Die Hälfte der Postkarten ist in Hamburg, die andere in Berlin gedruckt; in Amerika sind überhaupt keine gedruckt.

Abg. Hoffmann (Soz.):

Bei den 250 Mark für die Kaninchenzucht habe ich mich versprochen; ich wollte sagen: 2250 Mark. (Große Heiterkeit.) Wenn die Postkarten auch in Deutschland bestellt sind, können sie doch in Amerika gedruckt sein. Jedenfalls sind die Zahlen und Angaben darauf durchaus amerikanisch. (Unruhe rechts.)

Abg. Malkewitz (Kons.):

Es freut mich, daß hier einmal wieder eine der Unwahrheiten, wie sie fortgesetzt über den Bund der Landwirte verbreitet werden, richtig gestellt ist. (Beifall rechts. Lachen b. d. Soz. — Abg. von Pappenheim: Ruhe! — Abg. Hoffmann: Aha! Der Herr Oberpräsident ist wieder da! — Große Heiterkeit.)

Das Haus vertagt sich. Außerhalb der Tagesordnung erklärt:

Abg. Dr. Friedberg (Natl.):

In der Sitzung vom 21. d. M. hat der Abg. Dr. Hahn die Aufmerksamkeit der Lotterieverwaltung auf den Abg. Held gelenkt und der Präsident der Lotterieverwaltung hat erklärt, daß infolge dieser Anregung nunmehr eine Untersuchung gegen den Abg. Held eingeleitet werden würde. Daraus könnte der Schluß gezogen werden, daß die Beschuldigungen gegen den Abg. Held der Lotterieverwaltung unbekannt gewesen seien und daß die Reichstagsfraktion nichts getan habe, um bei der vorgesetzten Behörde eine Klärung herbeizuführen. Das ist nach den mir inzwischen gewordenen Informationen unzutreffend. Die nationalliberale Reichstagsfraktion hat sich bereits früher und neuerdings wieder an die Lotterieverwaltung mit der Bitte um Aufklärung des Tatbestandes gewandt. (Hört! Hört!) Ich lege Wert darauf, dies jetzt schon festzustellen und behalte mir vor, beim Etat des Finanzministeriums auf die Angelegenheit zurückzukommen.

Nächste Sitzung: Freitag, 10 Uhr (Rest des Landwirtschaftsetats, Gestütsetat).

Schluß 5 Uhr.

Mb. Deutscher Reichstag.

96. Sitzung, Donnerstag, den 23. Januar.

Am Tische des Bundesrats: Dr. Delbrück.

Präsident Dr. Kaempf eröffnet die Sitzung um 1 Uhr 15 Minuten.

Die vergessenen Resolutionen.

Bei der gestrigen Abschlachtung des vom vorigen Jahre noch Liegengebliebenen halben Hunderts Resolutionen waren einige von ihnen beim Aufruf vergessen worden. Heute wird auch mit ihnen aufgeräumt. Für die Arbeiter in Glashütten und die Ziegeleiarbeiter sollen nach Resolutionen der Sozialdemokraten, die Annahme fanden, die Bundesratsverordnungen geändert und erweitert werden, und ebenso fand die Forderung des Zentrums eine erhebliche Mehrheit, wonach die Regierung um eine Denkschrift über die wirtschaftlichen, gesundheitlichen und sittlichen Wirkungen der deutschen Arbeiterschutz- und Arbeiterversicherungsgesetzgebung ersucht wird. Die Regelung der Arbeitszeit und Ruhepausen im Gastwirtsgewerbe konnten dagegen die Sozialdemokraten als Gesetzesforderung nicht erreichen, und ebensowenig der Abgeordnete Mumm seine Resolution auf Erweiterung der Bundesratsverordnung über den Betrieb der Anlagen der Großeisenindustrie durchsetzen.

Der achte Tag beim Etat des Reichsamts des Innern.

Für Unterstützung der Familien von Reservisten sind 8 909 000 Mark angesetzt, 297 000 Mark mehr als im Jahre zuvor.

Abg. Rauch (Soz.)

begründet eine sozialdemokratische Resolution, die Unterstützungssätze allgemein zu erhöhen. Man solle der Unterstützung nicht den ortsüblichen, sondern den wirklichen Lohn zugrunde legen.

Ministerialdirektor Dr. Lewald:

Die zu diesem Zwecke ausgeworfenen Summen sind in den letzten Jahren ziemlich regelmäßig um 300—400 000 Mark gestiegen, jetzt bis auf fast 4 Millionen. Wird die Armee vermehrt, so wird diese Steigerung noch rascher vor sich gehen. Da den Entschädigungen die ortsüblichen Löhne zugrunde gelegt sind, so wird bei der allgemeinen Steigerung der Löhne sie sich sowieso erhöhen. In vielen Fällen beziehen ja auch die Einberufenen Lohn und Gehalt weiter, und sie brauchten also doch wohl nicht entschädigt zu werden. Die Zahl der Einberufenen, die auf Unterstützung rechnen müssen, ist nicht ganz so groß wie es scheint. Auf jeden Fall würde die generelle Durchführung der vorgeschlagenen Erhöhung recht ernste finanzielle Konsequenzen nach sich ziehen.

Abg. Erzberger (Zentr.):

Wir werden für den Antrag stimmen, wenn wir uns auch den Weg, den die Sozialdemokraten wählen wollen, nicht zu eigen machen. Den wirklichen Arbeitsverdienst darf man der Entschädigung nicht zugrunde legen, sondern den ortsüblichen Tagelohn. Die erforderlichen Mittel sind vorhanden, wir haben einen Ueberschuß von 100 Millionen, 80 Millionen sind schon da. Und wenn neue Forderungen gestellt werden, so führen wir die Besitzsteuer an. Auch dann stehen uns die nötigen Mittel zu Gebote.

Abg. Koch (Vp.):

Wir sind für den Antrag. Doch sollte der Entschädigung der wirkliche Arbeitsverdienst bis zur Höhe von 8000 Mark zugrunde gelegt werden.

Abg. Behrens (Wirtsch. Vgg.):

Wir stimmen der Resolution zu. Die Regierung möge hier schnell vorgehen.

Abg. Brühne (Soz.):

Die 100 Millionen Ueberschüsse sind aus dem Volke herausgepreßt, sie können wohl zurückgezahlt werden.

Abg. Schulenburg (Natl.):

Auch wir werden der Resolution zustimmen. Allerdings möchten wir der Anregung des fortschrittlichen Redners, nicht den ortsüblichen Tagelohn zugrunde zu legen, nicht ohne weiteres folgen. Sehr bedauerlich ist, daß die Unterstützungen sehr spät, manchmal erst nach Monaten ausgezahlt werden. Man sollte die Leute keinesfalls länger auf ihre Bezüge warten lassen, als nötig ist. Das liegt schon im Interesse der Gesamtheit. Namens meiner Fraktion möchte ich noch erklären, daß wir energisch für die Erhöhung der Veteranenbezüge eintreten. Unter den alten Kriegern herrscht eine große Beunruhigung, und sie haben an mich die Bitte gerichtet, ihre Wünsche zu vertreten. Leider ist es ja eine falsche Auffassung von ihnen, daß wir von hier aus ihre Bezüge erhöhen können. Und doch ist das dringend nötig. Aber wir hoffen doch, daß den Veteranen möglichst bald höhere Bezüge gezahlt werden.

Ministerialdirektor Dr. Lewald

sagt eine Beschleunigung des Verfahrens bei der Auszahlung der Entschädigung zu.

Die Resolution wird angenommen.

Für Einrichtungen und Veranstaltungen im allgemeinen Interesse des deutschen Handels sind 80 000 Mk. eingesetzt.

Abg. Thüne (Soz.)

wünscht Förderung des Vereins zur Schiffbarmachung der Werra.

Unterstaatssekretär Dr. Richter:

Dem Plane der Schiffbarmachung der Werra steht die Regierung sympathisch gegenüber. Dieser Fonds ist aber bisher stets nur für die unmittelbaren Interessen des Handels verwandt worden.

Abg. Krätzig (Soz.)

tritt für Hebung der Baumwollkultur in unseren Kolonien ein. Der Redner bespricht die Frage sehr eingehend und entfernt sich nötig vom Thema so daß er vom Vizepräsidenten Dr. Paasche wiederholt zur Sache gerufen werden muß. Er schildert das Elend in Arbeiterfamilien und fährt fort: Ich wünschte, ich könnte einmal Herrn Geheimrat Paasche mitnehmen, um ihm das Elend zu zeigen.

Vizepräsident Dr. Paasche macht ihn darauf aufmerksam, daß er nicht vom Geheimrat Paasche, sondern vom Abg. Paasche sprechen möge.

Abg. Krätzig (Soz.):

Verehrte Anwesende! Die Verhältnisse unter den Arbeitern sind vielfach erbärmlich. Der schwindsüchtige Vater sitzt in der einzigen Stube, und die Bazillen fliegen nur so herum. Ich könnte tausend Beispielen das beweisen.

Vizepräsident Dr. Paasche:

Es kann nicht der Zweck unserer Beratungen sein, bei diesem Titel an tausend Beispielen das Vorhandensein von Not und Elend in Deutschland zu beweisen.

Für Förderung des Absatzes landwirtschaftlicher Erzeugnisse sind 150 000 Mark ausgesetzt.

Abg. Hösch (Kons.)

befürwortet die Förderung der Gesellschaft für Züchtungskunde.

Abg. Wallenborn (Zentr.)

bittet um Unterstützung des Pomologenvereins.

Abg. Behrens (Wirtsch. Vgg.)

bedauert, daß für die Bekämpfung der Maul- und Klauenseuche nichts geschehe, obgleich der Reichstag immer wieder darüber verhandle und eine Menge Resolutionen fasse. Notwendig sind Maßnahmen zur Hebung des Gemüsebaues und der Obstzucht. Im Weinbau verschwinden leider immer mehr die kleinen selbständigen Existenzen infolge einer ungeschickten Steuerpolitik der Gemeinden.

Staatssekretär Dr. Delbrück:

Es ist ein dankbares Geschäft, Anregungen zu geben und ein undankbares Geschäft, solche Anregungen, denen meistens ein gesunder Gedanke zugrunde liegt, aus formalen Gründen zu widersprechen. Tatsächlich ist die Möglichkeit des Reiches, für Obstbau, Gemüsebau, Viehzucht und dergl. große Mittel aufzuwenden, sehr gering. Wir würden zu einer völligen Desorganisation unserer Reichsfinanzen kommen, wenn ich mir nicht hierbei eine große Beschränkung auferlegte. Auf diesen Gebieten ist auch ein Eingreifen des Reiches aus anderen als formalen Gründen nicht erforderlich, denn die Bundesstaaten und die Organisationen der Landwirte leisten hier Außerordentliches. Was wir von reichswegen tun können, wird immer nur eine Kleinigkeit sein. Wenn man sich darüber beschwert hat, daß der Bundesrat auf die Resolutionen des Reichstags häufig nur sehr kurzen Bescheid gäbe, so wäre eine solche Beschwerde bei einem Reiche ohne parlamentarische Verhandlungen am Platze. Die Motive zu diesen Erklärungen des Bundesrats liegen in den langen Reden, die wir bei Gelegenheit der Etatsberatungen über alle diese Dinge zu wechseln pflegen.

Ein Teil der Anregungen über die Maul- und Klauenseuche sind schon durch das neue Viehseuchengesetz überholt. Unsere ganze neue Prophylaxe, wie sie das Viehseuchengesetz vorsieht, muß man sich erst einmal bewähren lassen, ehe man mit Korrekturen und neuen Forderungen kommt. Aktuell ist augenblicklich nur die Frage nach dem Erreger der Maul- und Klauenseuche und ihrer Bekämpfung. Die Schwierigkeiten bei der Erforschung dieses Krankheitserregers haben wir früher schon wiederholt besprochen. Man hat uns gebeten, die Leute zu unterstützen, die solche Untersuchungen anstellten. Das ist geschehen; namentlich haben wir dem Gelehrten, der im vorigen Jahre anscheinend den Erreger dieser Krankheit gefunden hatte, unterstützt, dasselbe ist mit weiteren Gelehrten geschehen. Die Frage, ob eine eigene Arbeitsstelle des Reiches bezw. des Reichsgesundheitsamtes zur Erforschung des Erregers der Maul- und Klauenseuche eingerichtet werden könnte, ist noch nicht entschieden.

Abg. v. Boehn (Kons.)

wünscht eine dauernde Unterstützung für die Gesellschaft für Züchtungskunde. Die jetzt gewährte Summe ist zu gering.

Staatssekretär Dr. Delbrück:

Es geht nicht an und ist nicht mit den allgemeinen Interessen vereinbar, einen Verein in hervorragender Weise zu begünstigen. Wir werden, so weit es nach Lage der Dinge möglich ist, die nützliche und brauchbare Arbeit aller auf diesem Gebiet tätigen Vereine und Gesellschaften unterstützen.

Abg. Dr. Wendorff (Wp.):

Es wird auf der anderen Seite so viel davon gesprochen, daß es eine englische Landwirtschaft und Viehzucht eigentlich nicht mehr gibt. Es würde sich aber empfehlen, die Einfuhr englischen Zuchtviehs nach Deutschland zu fördern.

Als Beitrag für den Verband Deutscher Arbeitsnachweise sind 30 000 Mark ausgesetzt. Dazu liegt die Resolution Graf Posadowski (b. k. P.) vor, die von sämtlichen bürgerlichen Parteien unterstützt wird, diesen Beitrag im nächstjährigen Etat angemessen zu erhöhen.

Abg. Dr. Doormann (Vp.):

Der wunde Punkt der Arbeitsnachweise ist die Geldfrage. Die Regierung möge für das nächste Jahr die Erhöhung des Zuschusses auf 50 000 Mark in Erwägung ziehen.

Die Resolution wird angenommen.

Die allgemeinen Fonds werden erledigt.

Bei der Reichsschulkommission beantragen die Sozialdemokraten die Umwandelung dieser Kommission in ein selbständiges Reichsamt für das Schul- und Bildungswesen.

Abg. Schulz-Erfurt (Soz.):

Es handelt sich um keine Utopie des sozialdemokratischen Zukunftsstaates, sondern um eine alte demokratische Forderung. Die Reichsschulkommission in ihrer jetzigen Zusammensetzung und Tätigkeit ist nichts als ein dürftiges Feigenblatt, uns einen militärischen Ausnahmezustand, die Berechtigung zum Einjährigen-Dienst, zu verdanken. Bei der Erörterung dieser Frage müßten die Parteigegensätze schweigen und alle Parteien könnten unserer Resolution zustimmen, deren Annahme noch lange nicht die Verwirklichung des sozialistischen oder liberalen Schulideals bedeuten würde. Der Lehrer Schmidt hat die Notwendigkeit eines Reichsschulamts sehr gut begründet und die Broschüre dieses Lehrers hätte sein Kollege, der Abg. Bruckhoff, lesen sollen, ehe er unserem Antrag widersprach. Auch die Lehrertage haben sich immer für ein Reichsamt ausgesprochen. Vielleicht liest Herr Bruckhoff sich einmal die Beschlüsse seiner eigenen Organisation durch. Neben dem Reichsschulamte müßte ein Reichsschulamt aus Männern der pädagogischen Praxis gebildet werden.

Abg. Kuckhoff (Zentrum):

Mit dem Reichsschulamt will die Sozialdemokratie den ersten Schritt zu einem Reichsschulgesetz machen. Da wir aber fragen, wie die Schulunterhaltung, den konfessionellen Religionsunterricht usw. den Bundesstaaten überlassen wollen, sind wir gegen die Resolution der Sozialdemokraten.

Der Vorredner scheint den Eindruck erwecken zu wollen, daß er ganz im Sinne der demokratischen Forderungen, die vom Kollegen Kerschensteiner vertreten werden, wirke. Dabei hat er aber auf dem sozialdemokratischen Parteitage gewarnt vor den Bestrebungen Kerschensteiners, weil sie auf dem Boden der herrschenden Gesellschaftsordnung sich bewegen. Wir bieten unsere Hand nicht dazu, den Sozialdemokraten größeren Einfluß auf die Schulgesetzgebung der Einzelstaaten zu verschaffen. Die Aufhebung des Einjährigen-Privilegs, die von der Sozialdemokratie gefordert wird, können wir schon deshalb nicht befürworten, weil dies das Reich 24 Millionen kosten würde. Wohl aber wäre die Einführung einer allgemeinen Prüfung zur Berechtigung des Einjährigen-Dienstes zu erwägen. —

Abg. Kerschensteiner (Vp.)

stellt fest, daß schon seit Jahrzehnten ein Reichsschulgesetz von den verschiedensten Seiten gefordert wurde. Die Schule hat die Aufgabe, die Kulturbilder der Vergangenheit der Gegenwart zu übertragen. Das Schlimmste ist die stete Bevormundung der Schule durch Jahrhunderte alte Gesetze und Einrichtungen. Der sozialdemokratische Antrag bezweckt eine Uniform für unser Schulwesen. Die Uniform hat ihren guten Zweck. Man kann an Kragen und Achselstücken erkennen, wie viel ein jeder dem Staate wert ist (Heiterkeit.) Man merkt Ihnen (zu d. Soz.) eine steigende Liebe zur Uniform an. (Heiterkeit.) Hier wollen Sie eine neue Uniform. Nun wissen wir, je höher ein Amt, desto gescheiter sein Inhaber. Der Obere hat immer recht. (Heiterkeit.) Das ist sogar nötig. Denn es gibt immer Untergebene, die glauben, recht zu haben. (Heiterkeit.) Die Omnipotenz macht eine Behörde unfehlbar. Ich will lieber mit sechzig unfehlbaren Päpsten zu tun haben, die haben sich gegenseitig auf, als mit einem einzigen. (Heiterkeit.)

Das ist ein sehr erheblicher Unterschied. In der Schule ist es nicht anders. Wer es nicht glaubt, kennt den Schulmeister schlecht (Große Heiterkeit.) Die Schule leistet das Beste, wenn sie nach ihren persönlichen Bedürfnissen geleitet wird. Die Einheitlichkeit ist ein großes Hemmnis in geistigen Dingen. (Sehr richtig!) Sie kann nur schädlich sein. Diese Freiheit ist besser als ein einheitlich zentralisiertes Schulwesen, wie es in Oesterreich besteht. Wir können da eine langsame, allmähliche Verknöcherung beobachten. Jeder kleine Staat soll sein eigenes Schulwesen haben. Man sehe die ungeahnte Entwicklung der amerikanischen Schulkinder, die sich durch eine wirkliche Beobachtung auszeichnen. Aehnlich ist die Entwicklung in der Schweiz geworden.

Wir haben in Bayern auch diese Dezentralisation. Ein schwäbischer Käsehändler beantragte sogar einmal die Einführung der bloß sechsjährigen Schulzeit. Das Zentrum unterstützte ihn dabei. Er sagte, er wolle mit der liberalen Schule rasa tabula machen. (Heiterkeit.)

Rasa tabula — er versteht was von der Schula!
Tabula rasa — er versteht was vom Kas' a!

(Große Heiterkeit.)

Bei uns herrscht eine Erziehungsnot. Wir fühlen das. Wir Süddeutschen fürchten aber, daß das Reichsschulamt in königlich preußischer Uniform auftreten würde. Der Geist der absoluten Stimmheit ist zu mächtig in Preußen, selbst bei der königlich preußischen Sozialdemokratie. (Heiterkeit.) Das erklären manche Ketzerverbrennungen bei ihr. Wir haben ein leichtes Gruseln vor Uniformierung und Bürokratie. Diese beiden Heiligen dürften nicht maßgebend sein.

Unsere höheren Schulen leisten nicht das Nötige; alle Lehrer, die es mit der Schule ernst meinen, sind der Ansicht. Der einzige Ausweg ist das Einjährigen-Freiwilligen-Recht zu erweitern. Was braucht der Einjährige? Klaren Kopf gesunden Körper, anständige Gesinnung. Das geben aber die höheren Schulen nicht — im Gegenteil (Heiterkeit.) Sie sind vielfach nichts als Dressuranstalten und Hobelmaschinen. Man kann unendlich viel wissen und doch ein unglaublich dummer Kerl sein. (Schallende Heiterkeit.) Wir sind stärker als die Militärverwaltung, wenn wir nur wollen (Beifall.)

Die Beratung wird dann auf 8 Uhr abends vertagt.

Schluß 8¼ Uhr.

Mißmut in Konstantinopel.

Die türkischen Blätter drücken tiefe Resignation aus. Der „Sabah" erklärt, die Türken müßten es künftig mit Adrianopel halten wie die Franzosen mit dem Elsaß, „immer daran denken, nie davon sprechen". Die Nation brauche den Mut nicht zu verlieren. Man müsse im Auge behalten, wodurch das heutige Unglück herbeigeführt worden sei, und die Zukunft vorbereiten. Der Artikel schließt mit dem Ausruf: „Nicht vergessen!"

Auch der „Ikdam" macht die Sünden der Vergangenheit für die traurige Gegenwart verantwortlich. Er zitiert dabei das Sprichwort: „Ein Unglück ist besser als tausend Ratschläge". Das Blatt ermahnt das Volk, in der Arbeit für eine bessere Zukunft Trost zu suchen. Nur Arbeit könne die Türkei vor einem fremden Protektorat retten.

Nach Mitteilungen von türkischer Seite wird die Antwort der Pforte bei allem Entgegenkommen gegenüber den Mächten eine gewisse Reserve und Bedingungen enthalten. Vor allem wird die Pforte auf die Abtretung Adrianopels nicht ohne Vorbehalt eingehen. Die Pforte wird erklären, daß sie sich an die Kollektivnote der Mächte halten und die darüber hinausgehenden Forderungen der Balkanstaaten nicht erfüllen wird. Sie sei auch mit Rücksicht auf die riesigen Gebietsabtretungen

nicht gewillt, eine Kriegsentschädigung zu zahlen

oder den nichtmohammedanischen Untertanen besondere Privilegien zu gewähren.

Paris, 23. Januar.

Der Finanzminister des Kabinetts Briand, Klotz, der auch dem Poincaréschen Ministerium angehörte, wird während der nächsten Tage mit den Chefs der großen französischen Finanzgruppen konferieren, um durch die mit den schwebenden Balkanfragen notwendig zusammenhängenden großen Geldfragen nicht überrascht zu werden. In hiesigen finanzpolitischen Kreisen hält man an der Ueberzeugung fest, daß die Großmächte den Alliierten dringend raten werden, auf das Verlangen einer Kriegsentschädigung zu verzichten. Dagegen soll die Verwaltung der ottomanischen Staatsschuld den Alliierten, welche völkerrechtlich verpflichtet wären, für alle von der Türkei verpfändeten Einnahmen in Mazedonien und Thrazien als Rechtsnachfolger aufzukommen, sehr günstige Zahlungsbedingungen einräumen. Um aber eine solche Transaktion zu ermöglichen und überdies für den wirtschaftlichen Bedarf aller Balkanstaaten Vorsorge zu treffen, sind umfassende Anlehnungsgeschäfte notwendig. Auch die Gründung mehrerer Banken, hauptsächlich zur Unterstützung des Bodenkredits in Bulgarien und Serbien, steht in Aussicht.

Entlassung der österreichischen Reserven.

Als Bestätigung der fortschreitenden Entspannung kann die Tatsache gelten, daß der ungarische Kriegsminister die Entlassung eines gewissen Prozentsatzes der anläßlich der Balkanwirren einberufenen Reserven angeordnet ha

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19130124011/fragment/page=0003

Halle und Umgebung.

Halle a. S., 24. Januar.

Das Volksschulwesen der preußischen Großstädte.

Angesichts der augenblicklichen Beratungen im Halleschen Stadtparlament über die Haushaltspläne der städtischen Schulen dürften die folgenden, der „Korrespondenz d. Dtsch. L." entnommenen statistischen Zusammenstellungen von Interesse sein:

In den 33 preußischen Großstädten mit über 100 000 Einwohnern, die eine Gesamtbevölkerung von 9 018 033 (gleich 22,5 Proz. der Landesbevölkerung) umfassen, waren im Jahre 1911 nicht weniger als 1 099 674 Volksschulkinder (gleich 16,7 Proz. der Volksschuljugend) vorhanden, und zwar 547 150 Knaben und 552 524 Mädchen. Auf 1000 Einwohner entfielen in den Großstädten 121,9 Schulkinder, nach dem Landesdurchschnitt 163,3. Am niedrigsten stellte sich der Anteil der Volksschuljugend in Berlin-Wilmersdorf mit 62,8 ‰, am höchsten in Gelsenkirchen mit 204 ‰ der Bevölkerung.

In den 33 preußischen Großstädten bestanden 1747 Volksschulen mit 22 262 Klassen. Die meisten großstädtischen Volksschulen waren 7- oder 8klassig. Die durchschnittliche Klassenschülerzahl blieb in den Großstädten mit 49,4 nur wenig hinter der für die preußischen Volksschulen ermittelten Zahl 51,1 zurück. Am günstigsten war die Besetzungsziffer in Wilmersdorf (40,6), am ungünstigsten in den rheinisch-westfälischen Großstädten, wo sie in Mülheim (Ruhr) auf 61,3 stieg.

In Bezug auf den inneren Ausbau und die pädagogischen und sozial-hygienischen Hilfsveranstaltungen zeigen die großstädtischen Volksschulen im allgemeinen ein günstiges Bild: In 457 Schulen (von den obengenannten 1747) wurde Handfertigkeitsunterricht, in 775 Schulen Haushaltungsunterricht erteilt; bei 631 Schulen waren Schulgärten eingerichtet. In 4 Städten bestanden Förderungseinrichtungen für besonders begabte Schüler, in 8 Städten solche für minder begabte und in 4 Städten sogen. „Abschlußklassen". Mit einer Ausnahme (Saarbrücken) gab es in sämtlichen Großstädten besondere Klassen für Schwachbefähigte, und zwar zusammen 640 Klassen mit 15 654 Kindern. Die ärztliche Ueberwachung der Schulkinder war in allen Großstädten mit Ausnahme von Königsberg, die Zahnpflege in 18 Großstädten durchgeführt. 29 Großstädte hatten für die Volksschuljugend Brausebäder, 8 Freibäder und Schwimmunterricht, 5 hatten Waldschulen, 4 orthopädischen Turnunterricht und 15 Stotterheilkurse eingerichtet. Endlich wurde in 16 Städten Beköstigung armer Schulkinder, in 4 Städten Arzt und Medizin und in 3 Städten freie Lernmittel gewährt.

Die laufenden Schulunterhaltungskosten erreichten im Jahre 1911 in den preußischen Großstädten die Höhe von 100 159 223 Mk. (gleich 24,6 Proz. des für den ganzen Staat ermittelten Gesamtbetrages), davon waren 77 282 725 Mk. persönliche, 22 876 498 Mk. sächliche Kosten. Nach Abzug der Kosten für Schulbauten entfielen auf den Volksschüler durchschnittlich 85,45 Mk. (im Gesamtstaat 57,57 Mark). Ueber diese Kopfquote gingen aber 15 Großstädte zum Teil erheblich hinaus, z. B. Frankfurt a. M. mit 137,38 Mark, Wilmersdorf mit 125,54 Mk., während 18 Städte darunter blieben, am weitesten Gelsenkirchen mit 55,75 Mk. Zu den laufenden Schulunterhaltungskosten erhielten 10 Großstädte keinerlei, die übrigen erhielten insgesamt 1 688 093 Mk. staatliche Zuschüsse, so daß die Großstädte nicht weniger als 99,3 Proz. ihrer Schulausgaben aus eigenen Mitteln bestritten.

Die Saaleschiffahrt, die wegen Schleusenreparaturen seit dem 1. Januar still liegt, wird Anfang Februar wieder eröffnet.

Der zweite kommunale Bezirksverein hat am Mittwoch, 29. Januar, abends 8½ Uhr, Mitgliederversammlung im Schultheiß-Restaurant, Merseburgerstr. 10, mit folgender Tagesordnung: 1. Mitteilungen. 2. Winterfest. 3. Ordentliche Gerichte, Kaufmanns- und Gewerbegerichte (Herr Rechtsanwalt Dr. Schiller). 4. Anfragen.

Deutscher Lehrerverein. Der Deutsche Lehrerverein zählte Ende 1912 in 47 Vereinen 126 162 Mitglieder. Die größten Vereine waren der Preußische Landeslehrerverein mit 68 486 (1356 mehr als im Vorjahre), der Sächsische Lehrerverein mit 15 328 und der Bayerische Volksschullehrerverein mit 12 908. Von den preußischen Provinzialverbänden stand derjenige für die Provinz Sachsen mit 6243 Mitgliedern an 4. Stelle.

Familienabend. Der Domjugendverein veranstaltet im Saale des neuen Domgemeindehauses, Kl. Klausstraße 12, den 26. Jan., abends 8 Uhr, zur Vorfeier des Geburtstages des Kaisers einen patriotischen Festabend. Der Vorsitzende, Prof. D. Lang, wird einen Vortrag halten über das Thema: „1813—1913". Gesänge, Deklamationen, Aufführungen werden den Charakter des Abends zum Ausdruck bringen. Der Eintritt ist für jedermann frei.

Christlicher Verein junger Männer. Am nächsten Sonntag, abends 8 Uhr, veranstaltet der Verein eine Kaisersgeburtstagsfeier. Herr stud. jur. und Leutnant d. R. Zimmer wird einen Vortrag halten über das Thema: „Kaiser Wilhelm II., Deutschlands Heer und Flotte 1888—1913". Jeder junge Mann ist eingeladen. Der Zutritt ist frei.

Stubenbrand. Auf dem Grundstück Bechershof 9 brach gestern nachmittag ein Stubenbrand aus, den 2 kleine spielende Kinder verursachten. 2 Strohsäcke gerieten in Flammen. Der Feuerwehr gelang es rasch, den Brand zu löschen.

Provinzial-Nachrichten.

Arbeitsnachweise.

Jena, 23. Jan. Gestern tagten im Rathaussaal zu Gotha Vertreter sämtlicher thüringischen Staaten und die Bürgermeister sämtlicher thüringischen Städte, die über 5000 Einwohner haben, um über die weitere Ausgestaltung der thüringischen Arbeitsnachweise zu beraten. Mitte nächsten Monats wird in Eisenach eine Zusammenkunft aller Vertreter der bestehenden thüringischen Arbeitsnachweise stattfinden. Dort soll beraten werden, wie man Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt am besten regeln kann.

T. **Lützen**, 23. Jan. (Baumfrevel.) Auf der Straße von Lützen nach dem benachbarten Orte Starsiedel wurden gestern mittag von 19 jungen Apfelbäumen die Kronen abgebrochen. Nach den im Schnee zurückgelassenen Fußspuren zu urteilen, scheint der Baumfrevler ein heute mittag hier durchreisender Handwerksbursche gewesen zu sein.

n. **Teuchern**, 23. Jan. (Stadtverordnetensitzung.) In der letzten Sitzung der Stadtverordneten wurden zunächst die neuen Mitglieder verpflichtet und die Kommissionen neugebildet. Beim Schuletat wurde das Schulgeld für aus Nachbargemeinden gastweise aufgenommene Kinder auf 35,75 Mk. festgesetzt. Der Bürgermeister wies darauf hin, daß die Zahl der Schulkinder seit mehreren Jahren im Rückgange begriffen sei; auch die Zahl der Geburten ist zurückgegangen. Die Finanzlage der Stadt hat sich verschlechtert; durch die Verschmelzung des hiesigen Konsumvereins mit dem Hohenmölsener hat die Kämmereikasse einen Ausfall von 3000 Mk.; desgleichen ist ihr durch Rückgang der Staatspapiere ein bedeutender Kursverlust entstanden. Das von der Stadt eingereichte Projekt über den Bau einer Turnhalle hat die Genehmigung der Behörde nicht gefunden. Es wurden noch Wegebauten beschlossen und eine umfangreiche Debatte über den Elektrizitätsverband geführt.

Naumburg, 23. Jan. (Ein Wintergewitter) ist hier und auch mehrfach auswärts (bei Buttstädt) in der Nacht vom Dienstag zum Mittwoch beobachtet worden, indem es zwischen 2 und 3 Uhr früh am östlichen Himmel unter Regenbegleitung kräftig blitzte und donnerte.

Esperstedt b. Querfurt, 23. Jan. (Entgleisung.) Heute vormittag entgleiste auf unbekannte Weise beim Verlassen des Bahnhofes ein Wagen eines Güterzuges. Der Verkehr wurde durch Umsteigen aufrecht erhalten. Nach zwei Stunden Verspätung konnte der Güterzug weiter fahren.

Artern, 23. Jan. (Skelett-Fund.) In der zwischen der Eisenbahn und der Zuckerfabrik belegenen Tongrube der hiesigen Thüringer Ziegelwerke wurde gestern in einer Tiefe von 3,60 Meter unter der Erdoberfläche ein gut erhaltenes menschliches Skelett gefunden.

Kemberg, 23. Jan. (Ein kurioses Wiederfinden.) Auf welche eigenartige Weise die Vogelwarte in Rositten ihre Fußringe zurück erhält, mit denen Zugvögel im wissenschaftlichen Interesse gezeichnet werden, zeigt folgender seltener Fall. Herr A. Voigt hier ließ sich Fußringe von der Vogelwarte kommen und markierte im Sommer v. Js. u. a. einen jungen Eichelhäher (Garulus glandarius) mit Ring Nr. 9358. Am 23. November v. Js. schoß Forstaufseher Neubauer im Fürstlich Schwarzburgischen Harzforst Breitungen eine Wildkatze, in deren Magen sich bei näherer Untersuchung der betreffende Eichelhäherfuß mit anhaftendem Ringe vorfand. Der Ring, der sich jetzt in der Sammlung der Vogelwarte befindet, zeigt tiefe Zahneindrücke des Raubtieres, das tüchtig zugebissen hat, um das Metall zu zerbeißen, dann aber nach vergeblichem Bemühen Ring und Fuß ganz verschlungen hat.

Gera, 23. Jan. (Um 200 000 Mark verrechnet.) Stark verrechnet hat man sich bei dem hiesigen Schlachthoferweiterungsbau, der mit 280 000 Mark veranschlagt war. Es hat sich jetzt herausgestellt, daß die Neuanlagen 200 000 Mark mehr erfordern und der ganze Erweiterungsbau auf 480 000 Mark zu stehen kommt.

Duderstadt, 22. Jan. (Ein Obersekundaner als Erfinder.) Dem Obersekundaner F. Kirchner vom Kgl. Gymnasium in Duderstadt ist von dem Kaiserlichen Patentamt auf einen von ihm erfundenen neuartigen Militärhelm ein Musterschutz erteilt worden. Die Erfindung soll einen erheblichen Fortschritt im Heereswesen bilden, so daß das Kriegsministerium bereits näheren Bericht über die Erfindung eingefordert hat.

Kassel, 23. Jan. (Konkurs.) Ueber die Lichtspieltheater Aktiengesellschaft mit ihren Filialtheatern in Straßburg, Saarbrücken, Stuttgart und Breslau ist heute der Konkurs verhängt worden. Die Kasseler Stadtparklichtspiele werden von morgen ab ihre Pforten schließen. Die Unterbilanz beträgt über 320 000 Mark.

Letzte Depeschen.

Von der Friedenskonferenz.

London, 23. Jan. Das Reutersche Bureau erfährt: **Staatssekretär Grey wird wahrscheinlich zum Montag eine Sitzung der Friedenskonferenz zusammenberufen, um die Entschlüsse der Türkei in das Protokoll zu bringen, ohne jedoch die ottomanischen Delegierten zu ihrer formellen Verlesung zu verpflichten.**

Die Unterzeichnung des Friedensvertrages wird nicht vor Ablauf eines Monats erwartet. Es herrscht die Ansicht, die Verbündeten könnten einwilligen, 800 Millionen Frank der türkischen Staatsschuld zu übernehmen, indem sie halb soviel als Kriegsentschädigung akzeptierten.

Nachstehende Telegramme über eine erfolgreiche Revolte in Konstantinopel scheinen geeignet, die Arbeiten der Friedenskonferenz illusorisch zu machen:

Ein militärischer Putsch.

„Die nationale Ehre retten oder untergehen . ."

Konstantinopel, 23. Jan. **Heute nachmittag 4 Uhr veranstaltete Enwer Bey und der gewesene Deputierte Rittmeister Dschani Bey an der Spitze von 300 Softas eine lärmende Demonstration vor der Pforte. Die Demonstranten drangen während des Ministerrats in den Vorhof der Pforte ein und brachen in regierungsfeindliche Rufe aus, weil die Regierung Adrianopel preisgeben und sogar gegenüber den Montenegrinern nachgeben müsse. Sie verlangen den Rücktritt des Kabinetts. Der Großwesir begab sich darauf in das Palais.**

Konstantinopel, 23. Jan. **Infolge der Kundgebung ist das Kabinett zurückgetreten. Mahmud Schewket wird Großwesir. Talaat Bey übernimmt vorläufig das Ministerium des Innern, Izzet Pascha wird Kriegsminister. Talaat Bey erklärte dem Vertreter des Reuterschen Bureaus: Die Bewegung bedeutet, daß wir unsere nationale Ehre retten oder untergehen wollen. Wir wollen keine Fortsetzung des Krieges, aber wir sind entschlossen, Adrianopel unter allen Umständen zu behalten. Das ist die unerläßliche Bedingung.**

Abendsitzung des Reichstags.

Berlin, 23. Jan. **Der Reichstags-Vizepräsident Paasche eröffnet um 8 Uhr die Sitzung. Die Debatte wird fortgesetzt. Ein Abgeordneter der Reichspartei erklärt, daß seine Parteifreunde gegen die sozialdemokratische Resolution stimmen werden. Abg. Gröber (Zentr.) zur Geschäftsordnung beantragt Vertagung und bezweifelt die Beschlußfähigkeit des Hauses. Vizepräsident Paasche: Unter diesen Umständen vertage ich die Sitzung auf Freitag mittag pünktlich 1 Uhr.**

Stahlwerksverband.

Düsseldorf, 23. Jan. In der Hauptversammlung des Stahlwerksverbandes wurde mitgeteilt: In Werkzeug ist der Abruf der inländischen Verbraucher fortgesetzt recht gut. Der vorliegende Auftragsbestand ist wesentlich höher, als der des Vorjahres. Der Auslandsmarkt liegt weiter befriedigend. In Großbritannien hält die gute Beschäftigung der Abnehmer an. Die in letzter Zeit mit Rücksicht auf die politischen Verhältnisse für neue Geschäfte immerhin gelegentlich beobachtete Vorsicht dürfte im Falle eines baldigen Friedensschlusses einer erneuten Zuversicht auf weitere günstige Entwickelung des Geschäftes weichen. In schwerem Oberbau sind mit sämtlichen deutschen Staatsbahnverwaltungen die neuen Lieferungsverträge getätigt worden. Von den preußischen Staatsbahnen wurde der Nachtragsbedarf für das Etatsjahr 1913 aufgegeben, durch den die Gesamtauftragsmenge bis jetzt um rund 54 000 Tonnen gegenüber dem Vorjahre erhöht worden ist. In Kleineisenzeug dürfte ebenfalls eine Nachtragsbestellung herauskommen. Das Geschäft in Bignolschienen für das Ausland verläuft nach wie vor günstig. Es konnten weitere umfangreiche Aufträge zu angemessenen Preisen hereingenommen werden. In Grubenschienen ist der Eingang von Spezifikationen andauernd rege. Von den Werken werden fast durchgängig längere Lieferfristen verlangt. Der Auslandsmarkt liegt befriedigend bei gebesserten Preisen. Sehr gut ist das Geschäft in Rillenschienen im Inlande wie im Auslande, so daß die Rillenschienenwerke allgemein bis Ende September bis zur Grenze ihrer Leistungsfähigkeit mit Aufträgen besetzt sind. Das Formeisengeschäft im Inlande liegt, wenn man den ungünstigen Einfluß der Jahreszeit und die schwierigen Geldverhältnisse berücksichtigt, befriedigend. Von einer Erleichterung auf dem Geldmarkte und der Beilegung der politischen Schwierigkeiten dürfte die weitere Gestaltung des Baugeschäftes und somit auch des Trägerabsatzes abhängen. Im Auslande war ein Nachlassen der Kauflust besonders auf den englischen und überseeischen Märkten nicht zu verspüren; der Spezifikationseingang verlief zufriedenstellend. Von der Beilegung der kriegerischen Verwickelungen auf dem Balkan ist dort eine kräftige Belebung des Geschäftes zu erwarten, wie eine Entspannung der politischen Lage allgemein auf den Geldmarkt günstig wirken dürfte.

Für die nächste Hauptversammlung wurde der 27. Februar festgesetzt.

Die Frage des Frauenstimmrechts.

London, 23. Jan. Die Minister Lloyd George und Grey empfingen eine Abordnung von Arbeiterinnen aus verschiedenen Teilen des Landes, welche das Stimmrecht für die Frauen forderte. Lloyd George erwiderte der Abordnung, daß er sicherlich für den Greyschen Abänderungsantrag zur Wahlrechtsbill stimmen werde, der den Zweck verfolge, das Wahlrecht auch auf die Frauen auszudehnen. Lloyd George stellte dann nachdrücklich die Meldungen in Abrede, die besagten, daß ein Mitglied der Regierung zurücktreten wolle und daß Mitglieder der liberalen Partei gegen die Bill in ihrer dritten Lesung stimmen würden. Er erklärte dann jenen im Namen der Regierung, daß, falls der Greysche Abänderungsantrag oder ein anderer von ihm abhängiger Abänderungsantrag angenommen werden sollte, dieser Abänderungsantrag damit zu einem wichtigen Teil der Bill werden würde, welche die Regierung durchzubringen versprochen habe, selbst mit einem Abänderungsantrag für die Wahlberechtigung der Frauen. Grey erklärte der Abordnung, er sei mit den Ausführungen Lloyd Georges einverstanden.

Die norwegische Thronrede.

Christiania, 23. Jan. Der König eröffnete heute nachmittag in feierlicher Weise den Storthing. Die Thronrede besagt u. a.: Unser Verhältnis zu den fremden Mächten ist freundschaftlich. Im Januar 1912 fanden in Christiania zwischen norwegischen, russischen und schwedischen Delegierten Verhandlungen über Spitzbergen statt. Dabei wurden das den abgeänderten Entwurf zu dem Uebereinkommen über Spitzbergen betreffende Schlußprotokoll sowie ein Entwurf zu Abmachungen über die Okkupation von Grundstücken dortselbst unterzeichnet. Diese Entwürfe wurden den an Spitzbergen interessierten Mächten vorgelegt. Die von dem Schlußprotokoll angekündigte neue Konferenz konnte nicht abgehalten werden. Die wirtschaftliche Entwickelung des Landes hat sich im abgelaufenen Jahre günstig gestaltet.

Mord.

Coburg, 23. Jan. **Heute vormittag gegen 11 Uhr erschoß in Groß-Walbur der Zimmermann Fähring aus Gotha seinen hier wohnenden Schwager, den Landwirt Büschel, in seiner Wohnung wegen einer Erbschaftsangelegenheit. Auch die Frau des Büschel wollte er erschießen. Diese flüchtete jedoch auf die Straße und rief um Hilfe. Der Mörder wurde auf dem Bahnhof in Meeder verhaftet. Der Erschossene ist Vater von 5 Kindern.**

Fabriksperre.

Stuttgart, 23. Jan. Bei der Firma Robert Bosch, die auf ihren Werken in Stuttgart und Feuerbach mehr als 5000 Arbeiter beschäftigt, ist eine Arbeiterbewegung ausgebrochen. Die Arbeiterschaft hat in einer Massenversammlung beschlossen, über den ganzen Betrieb die Sperre zu verhängen. Die Bewegung hat ihre Ursache darin, daß durch eine neue Arbeitsmethode acht überflüssige Arbeiter aus dem Feuerbacher Werk entlassen wurden, unter denen sich ein Meister und ein Vertrauensmann des Deutschen Metallarbeiterverbandes befanden.

Wetterwarte zu Hamburg.

Auf Grund der Depeschen des Reichs-Wetter-Dienstes.
(Nachdruck verboten.)

25. Januar: Wärmer, lebhafte Winde, veränderlich, Niederschläge.
26. Januar: Kalt, Niederschläge, Nebel.
27. Januar: Wenig verändert, bedeckte Luft, windig.
28. Januar: Kälter, wolkig, teils sonnig.
29. Januar: Winterlich, wolkig, vielfach klar, strichweise Niederschläge.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19130124011/fragment/page=0004

Bank für Handel und Industrie (Darmstadter Bank) Filiale Halle a. S.,
Alte Promenade 3, gegenüber dem Stadttheater.
Aktienkapital und Reserven: 192 Millionen Mark.

Luftschiffahrt.

Fliegerabsturz.

Halberstadt, 23. Jan. Bei der Pilotenprüfung stürzte ein Oberleutnant mit einem Doppeldecker aus geringer Höhe ab. Er erlitt einen Oberschenkelbruch und Verletzungen am Unterschenkel. Der Apparat wurde zertrümmert.

Vermischtes.

Großfürst und Tänzerin.

In einigen Tagen dürfte der russische Zarenhof um eine neue „Mesalliance“ reicher sein. Großfürst Andreas Wladimirowitsch, der jüngste Sohn des Großfürsten Wladimir, hat sich mit der Tänzerin des kaiserlichen Balletts, Marie Keschissinskaja, einer überaus gefeierten Schönheit, ins Ausland begeben, um sich dort gegen den ausdrücklichen Wunsch des Zaren mit ihr trauen zu lassen. Da Großfürst Andreas weiß, was ihm nach der Ausführung seiner Absicht bevorsteht, so soll er den Plan haben, nach seiner Verheiratung nach Paris überzusiedeln.

Auch andere Unstimmigkeiten in der kaiserlichen Familie werfen, dem „B. T.“ zufolge, ihre Schatten auf das Leben am Zarenhof. So hat der Zar die Verlobung seiner ältesten Tochter, der Großfürstin Olga, mit dem Großfürsten Dimitri, dem Sohn des Großfürsten Paul, die im August an Bord der Kaiserjacht „Standard“ gefeiert wurde, definitiv gelöst. Dem Zaren und der Zarin gibt ferner der Zustand des Thronfolgers Alexis Veranlassung zur fortgesetzten Besorgnis, da die Bewegungsfreiheit eines Fußes stark beeinträchtigt ist. Der Patient ist an den Krankenstuhl gefesselt. Auch die Kaiserinwitwe muß die Besuche ihrer Verwandten im Krankenstuhl empfangen. Trotz des offiziösen Dementis steht fest, daß sie nach der Aussprache mit dem Großfürsten Michael, dem Gatten der Frau v. Wrubel, einen Anfall erlitten hat, der ihr die Bewegungsfreiheit beider Füße raubte. Seit jenem Tage sind alle Versuche der Kaiserinwitwe, selbständig zu gehen, gescheitert. Sie hat erst vor wenigen Tagen das Bett verlassen können. Als Aequivalent für alle diese Mißhelligkeiten in seiner Familie kann der Zar zurzeit nur das freudige Ereignis betrachten, dem die Zarin, wie man sich in Hofkreisen erzählt, für den Mai oder Juni entgegensieht.

Ein Touristenschutzhaus verwüstet. Touristen fanden dieser Tage, wie aus Innsbruck gemeldet wird, das ehemalige Sommerhaus des Professors Defregger, das dieser dem Touristenklub gespendet und das als Annaschutzhaus am Edeplan bei Lienz bekannt ist, erbrochen. Die gesamte Einrichtung des Schutzhauses war zerstört. Man vermutet einen Akt böswilliger Rohheit.

Hochwasser im Ruhr- und Wesergebiet. Im Ruhrgebiet herrscht erneut Hochwasser, das durch die Schneeschmelze im Sauerland gefahrdrohenden Charakter annehmen dürfte. Einzelne Gegenden sind jetzt wiederum schwer bedroht. Auch sind größere Verkehrsstörungen in den Ruhrhäfen zu erwarten. Schneegestöber und Hochwasser herrschen ferner im ganzen Bezirk des Oberweser-Flußgebietes. Vom Oberlauf der Fulda, Eder usw. werden steigende Hochwasser gemeldet. Die Täler sind teilweise überflutet. Auf Wilhelmshöhe liegt bereits tiefer Schnee und ebenso auf den anderen Bergen in Hessen, Waldeck und dem Sauerlande, so daß der Schneesport dort schon eingesetzt hat.

Verhaftung einer Falschmünzerbande. In Hamburg ist eine Falschmünzerwerkstätte aufgehoben worden. Mehrere Personen aus dem Arbeiterstande, die teils als Verfertiger, teils als Austräger der gefälschten Ein- und Dreimarkstücke entdeckt wurden, sind verhaftet worden. Man hat umfangreiches Material in der Falschmünzerwerkstatt beschlagnahmt, darunter große Zinkblöcke. Es steht noch die Verhaftung weiterer Personen bevor.

Sport-Nachrichten.

Arthur Stellbrink hat durch sein gutes Abschneiden beim VI. Berliner Sechstagerennen überrascht. Trotzdem er wiederholt zu Fall gekommen war, verstand er es doch, nicht nur durch sein unverwüstliches Draufgängertum, sondern auch durch sein hervorragendes Fahren zu imponieren. Stellbrink war der Held des Rennens und der Beifall, der ihm während der Ehrenrunde gezollt wurde, hat gezeigt, daß er sich der ganz besonderen Gunst des Publikum erfreute. Unter Berücksichtigung der Tatsache, daß ein solches Rennen an Fahrer wie Material große Ansprüche stellt, bedarf es wohl keiner besonderen Erwägung, daß hierfür nur erstklassige Fabrikate in Frage kommen. Als Bereifung benutzte Stellbrink den Excelsior-Pneumatic, den gleichen Reifen, auf dem er bereits 1908 35 erste Preise, sowie auch die Europameisterschaft gewann. Durch die Wahl dieses Reifens hat Stellbrink bewiesen, daß der Excelsior-Pneumatic allen Anforderungen gewachsen ist, da er sich neben einer vorzüglichen Qualität auch durch große Haltbarkeit auszeichnete.

Handel, Gewerbe u. Verkehr.

Berliner Börse.

(Telephonischer Bericht der „Saale-Ztg.“)

3 Uhr 10 Minuten. Kredit 199,75. Diskonto 190,12, Deutsche Bank 257,25, Berliner Handelsgesellschaft 169,25, Dresdner Bank 158, Kommerz- und Diskontobank 114,62, Russische Anleihe von 1902 91,12, Türkenlose 163,75, Lombarden 22,62, Kanada 264,12, Baltimore 105,62, Laurahütte 174, Bochumer Guss 219,25, Gelsenkirchen 201,12, Harpener 197, Deutsch-Luxemburg 169,87, Phönix 267,12, A. E.-G. 243,82, Siemens & Halske 221,62, Hamburger Paketfahrt 156,62, Nordd. Lloyd 122, Grosse Berliner Strassenbahn 176,12, Aumetz-Friede 180,87, Hansa 305,25, South-West 127,50, Schantung 131,50, Schuckert 150,07, Orenstein & Koppel 208. Tendenz: Ziemlich fest.

Am Kassamarkt notierten höher: Terrain-Ges. Nordost 2, Deutsche Schachtbau-Ges. 2, Akt.Ges. für Verkehrswesen 3,90, Adler-Fahrrad 4,80, Exzelsior-Fahrrad 5, Kasseler Federstahl 2, Gaggenauer Eisen 2, Horch-Motorwagen 2,75, Kölsch 2,10, Gebr. Krüger 2, Rockstroh & Schneider 2, Schubert & Salzer 2,50, Vogtländ. Maschinen 3,75, Westfäl. Kupfer 3, Emil Köster 4, Karl Lindström 3,75, Lingel Schuhfabrik 3, Porzellanfabrik Kahla 9, Porzellanfabrik Königszelt 5, Thörls Oelfabrik 2, Oppeln Zement 2,25, Ver. Glanzstoffabrik 6, Vogtländ. Tüll 4,75, Thale-Vorzugsaktien 2, Langendreer 3, Hubertus Braunkohlen 4,50, Rositzer Braunkohlen 6,50, Ver. Hanfschlauch 4, Fränk. Schuhfabrik 10, Gennes & Co. 4, Schwanebeck Zement 2, Union chem. Fabrik 2, Albert chem. Fabrik 6, Dürkopp 3,75, Sächs. Kartonnagen-Masch. 3,50, Kartonnagen-Ind.-Ges. 2, Triptis-Porzellan 3, Vorwohler Zement 4,50, Wanderer 2, Grube Eintracht 5; niedriger: Busch Waggon 2, Düsseldorfer Waggon 2,50, Reiss & Martin 4, Kruschwitz Zucker 2,50, Delmenhorst Linoleum 4, Russ. Allgem. Elektr. 2, Konsolidation 2, Siegen-Solingen 4, Panzer 4,25.

Zum Kursettel. Berlin, 23. Januar. 4% Badische Staats-Anleihe 08 ank. 18 100,60 B. 4% Bayrische Staats-Anl. 99,60 G. 4% Bayrische Staats-Anleihe 08 unk. 1918 — —. 4% Schwarzburg-Sondershausen — — 3½% Württemb. Staats-Anleihe 81-83 86,60 G. 3% Kameruner Eisenbahn-Anteile — — 3½% Deutsch-Ostafrikanische Schuldverschr. gar. 3,00 B. 4% Cottbuser Stadt-Anleihe 1100 — —. 4% Darmstädt. Stadt-Anl. 1909 unk 16 — —. 3½% Dessauer Stadt-Anleihe 1896 — — 4% Düsseldorfer Stadt-Anleihe 1900, 07, 08. 96,80 G. 4% Jenaer Stadt-Anl. 1900 96,70 G. 3½% Jenaer Stadt-Anl. 1902 — —. 4% Nordhäuser Stadt-Anleihe 1903 unk. 1919 — —. 4% Quedlinburger Stadt-Anleihe 1903 unk. 1918 —.—. 4% Thorner Stadt-Anl 1909 unk. 19 96,90 G. 4 proz Hessische Komm.-Obl. X-XII 99,20 G. 3½% Oesterreichische Nord-Westbahn-Obligationen 1874 konv. — —. 4½% Deutsche Solvay-Werke — —. 4½% Elberfelder Farben unk. 1917 102,00 bG. Felten & Guilleaume-Lahmeyer 03, 09 98,50 G. Vereinigte Lausitzer Glasfütten 99,00 bG.

Londoner Börse vom 23. Jan. Es notierten: Engl. Konsols 73 31. Rio Tinto 74,75. Geduld 1,15. Goldfields 2,57. Steel com 67,25, Steel prefs. 113,06. Rand Mines 7,01. Anaconda 7,87. Eastrand 3,00. Chartered 1,00. Aurora West 0,50. Cinderella Cons. 0,12. Johannesburg Goldfields 0,18. Van Ryn 3,87. Albus (Generals) 1,69. Rand Collieries 0,43. West Rand Consols 15/16. General Mining & Finance 2/32. A. Görz & Co. 0,78. Modderfontain 13,01.

Der Kali-Kuxenmarkt.

Berlin, den 23. Januar.

	Kauf	Verk.		Kauf	Verk.
Alexandershall	8600	8 00	Hüpstedt	2600	2750
Bergmannssegen	6000	6500	Johannshall	4200	4500
Bernsdorf	75	1 5	Justus-Aktien	66%	160%
Burbach	13000	13300	Kaiserode	8600	9000
Buttlar	45	50	Krügershall	135%	140%
Carlsfund	5800	6100	Mariaglück	1150	1230
Carlsglück	1500	1600	Max	2100	2300
Fallersleben	1350	1450	Neusollstedt	3100	3300
Felsenfest	1350	1 50	Neustassfurt	11000	12100
Glückauf	1 2 0	20500	Reichskrone	400	425
Günthershall	4550	4700	Richard	470	500
Hansa-Silberberg	5600	5800	Ronnenberg	11%	14%
Hedwigshall	575	625	Rothenberg	2 0	2400
Heiligenstadt	1450	15 0	Salzdetfurth	351%	353%
Heiligenroda	8500	9000	Teutonia	66%	88%
Heldburg	55½	57	Walter	—	—
Heldrungen	8 5	87	Wilhelmine	1500	137
Herta-Neurungen	1300	1450	Wilhelmshall	870	10
Hohenfels	6600	6800	Wintershall	1.800	17800

Reichsbank. Bis zum 21. d. M. hat der Metallbestand um 36 Mill. Mk. gegenüber 59 Mill. Mk. im Vorjahre zugenommen. Die Anlagen verminderten sich um 174 Mill. gegen 111 Mill. Mk. im Vorjahre. Die fremden Gelder haben um 11 Mill. Mk. abgenommen gegenüber einer Zunahme von 69 Mill. Mk. in der gleichen Zeit des Vorjahres. Die ungedeckten Banknoten betrugen am 21. d. M. 598 Mill. Mk. gegenüber 384 Mill. Mk. am 20. Januar des Vorjahres, so dass die Reichsbank noch immer um 240 Mill. Mk. schlechter steht als zur gleichen Zeit des Vorjahres. Die Rückflüsse haben sich, namentlich was das Metallgeld anbelangt, auch weiterhin nicht allzu günstig gestaltet.

Kaliwerke Ummendorf-Elisleben. In der Generalversammlung dieser Werke, die dem Bunde der Landwirte nahestehen, wurde über den Stand der Werke, bei denen die Aktiengesellschaft beteiligt ist, eingehender Bericht erstattet. Danach ist der Schacht der Gewerkschaft Wefersleben so ausgebaut, dass in der nächsten stattfindenden Sitzung der Verteilungsstelle die Erteilung einer provisorischen Quote zu erwarten steht. Die Schachtbauten bei Allersingersleben und Belsdorf haben, wie bekannt, mit starken technischen Schwierigkeiten zu kämpfen. Nachdem jedoch nunmehr die Ableitung der Salzwasser in die Endlaugenleitung erfolgen kann, hofft die Verwaltung, die Schwierigkeiten in absehbarer Zeit zu überwinden. Die grosse chemische Fabrik mit der Abwässerkonzession für 50 000 dz ist nahezu vollendet. Für den weiteren Ausbau der Konzernwerke stehen der Gesellschaft zunächst die Einsänge aus der demnächst fälligen Aktienrate von 1½ Mill. Mk. zur Verfügung. Weiter aber haben sich die Aktionäre in der Generalversammlung bereit erklärt, einen Betrag von 2 Mill. Mk. Obligationen der Gesellschaft zu übernehmen. Zur Durchführung des Ausbaues der Werke steht der Gesellschaft ferner noch ein erheblicher Obligationsbetrag, der sich im Portefeuille befindet, zur Verfügung.

Preisabschlag für Kupferdraht. Infolge des Rückganges der Kupferpreise hat der Deutsche Kupferdrahtverband die Grundpreise vom Höchststande von 192 Mk. auf 187 Mk. für 100 kg ermässigt.

Vereinigte fränkische Schuhfabriken, Nürnberg. Die Gewinnzahlen gehen über diejenigen des Vorjahres hinaus, wo aus 418 724 Mk. Reingewinn 7 Proz. Dividende verteilt wurden.

Handelsschraubenvereinigung. Die Mitgliederversammlung beschloss, die bisherigen Rabattsätze unverändert zu lassen und von einer Preiserhöhung wegen der ungeklärten politischen Lage abzusehen.

Aus der sächsisch-thüringischen Färberei-Industrie wird geschrieben: Nach der beendeten Aussperrung hat sich in allen Zentren der Färbereivereinigung eine starke Beschäftigung für Färber und Appreteure eingestellt. Es sind grosse Warenmassen in Damen- und Herrenstoffen angeliefert worden, die der Ausrüstung harren. Es muss erheblich mit Ueberstunden gearbeitet werden. Auch in den Wolldruckereien ist wieder ganz leid'ich zu tun.

Dividendenvorschläge. Lindener Eisen- und Stahlwerke Akt.-Ges. 10 Proz. (wie in den 3 Vorjahren). — Vogtländische Tüllfabrik 6 (10) Proz. — Leipziger Baumwollspinnerei 14 (12) Prozent. — Brauerei Löwenburg Akt.-Ges. in Kaisers'autern wieder keine Dividende. — Kapuzinerbräu, Akt.-Ges. in Kulmbach, wieder 2 Proz.

Im Konkurs der Leipziger Firma Moritz Goehre (Grosshuchbinderei) erkannte der Konkursverwalter 428 000 Mk. Forderungen an. Bei rund 30 000 Mk. Aktiven stehen 6 Proz. Dividende in Aussicht.

Waren und Produkte.

Getreide.

Berliner Produktenbörse, 23. Jan. Am Frühmarkt notieren Weizen inländ. 193.00—196.00 ab Bahn u. frei Mühle, Roggen inländ. 169,00—169 50 ab Bahn u. frei Mühle. Hafer. märkischer, mecklenburgischer, pomm., preussischer, posenscher und schlesischer fein 190—204, mittel 174—189, gering — —, russisch und Donau mittel — — —, gering — — ab Bahn und frei Wagen. Mais, weisser Natal — —, amerik. mixed 162—166 runder 153.00—156.00 frei Wagen. Gerste, inländ. Futtergerste, mittel und gering — — —, gute 164.00—183.00, russische und Donau leichte 164.00—167.00, schwere 168—170 ab Bahn und frei Wagen. Erbsen, inländische u. ausländische Futterware mittel 173 182, Taubenerbsen 183—194 ab Bahn u. frei Wagen. Weizenmehl 00 24.00 28.00. Roggenmehl 0 und 1 21.10—23.40. Weizenkleie 11.40—11.90. Roggenkleie 11.50—12.00.

Magdeburg, 23. Jan. (Die Notierungen verstehen sich für 1000 kg netto ab Station und frei Magdeburg.) Weizen engl. u. Sommer still gut 190—198, mittel 160—188, gering bis — M. Roggen inländ. ruhig gut 165—168. Gerste, hies. Chevallermatt, gut 194—204, feinste über Notiz, hiesige Land- gut 180—190, mittel — —, gering bis —, ausländische Futtergerste fest gut 166—170. Hafer inld., stetig, gut 175—185 mittel 155 174, gering bis —. Mais runder, behpt, gut 150—154.

Post, 23. Jan. Weizen per April 11.81 G., 11.82 B., Okt. 12.16 G., 12.17 B. Roggen per April 10.17 G., 10.18 B. Hafer per April 10.66 G., 10.67 B. Mais per Mai 7.72 G., 7.73 B. Juli 7.93 G., 7.94 B. Raps August 16.00. Tendenz träge.

Antwerpen, 23. Jan. Deutscher La Platasaug, Kontrakt B per Jan. 5.92½, März 5.92½, Mai 5.92½, Juli 5.92½, Sept. 5.92½ Umsatz 45 000 kg. Tendenz: Stetig.

Liverpool, 23. Jan. Stetig. Roter Winterweizen per März 7—4¾, per Mai 7—2½, Mais Jan. 5—2⅝, La Plata Febr. 5—2½

Zucker.

Magdeburg, 23. Januar. Ruhig. Januar 9.52½, Febr. 9.52½, März 9.62½, Mai 9.87½, August 10.10, Oktober-Dez. 9.95.

Hamburg, 23. Jan. Rübenrohzucker. 1. Produkt, Basis 88% Rendement neue Usance, frei an Bord Hamburg

	vorm.	nachm.	abends
per Januar	9.52½	9.52½	9.52½ M.
„ März	9.62½	9.60	9.62½ „
„ Mai	9.85	9.85	9.87½ „
„ August	10.10	10.10	10.12½ „
„ Oktober	9.92½	9.95	9.95 „
„ Dezember	9.97½	9.97½	10.00 „
	ruhig	ruhig	ruhig

Kaffee.

Hamburg, 23. Jan. Good average Santos

	vorm.	nachmittags	abends
per März	67.50 G.	67.50 G.	67.00 G.
„ Mai	68.25 G.	68 25 G.	68 25 G.
„ September	68.50 G.	68 25 G.	68.25 G.
„ Dezember	68.00 G.	67.75 G.	67.75 G.
	stetig	ruhig	behauptet

Rio de Janeiro, 23. Jan. Kaffee-Zufuhren 17000 Sack Rio. 11 000 Sack in Santos.

Havre, 23. Jan. Kaffee good average Santos per März 62.50, Mai 63.00, per Septbr. 63 50, per Dez. 63.25. Stetig.

Kartoffelmehl und Stärke.

Magdeburg, 23. Jan. Prima Kartoffelstärke und -Meh für 100 kg 26.25—26.75. Fest.

Eier.

Berlin, 23. Jan. Eier pro Schock: Vollfr. ausländ. Sorten — — —, südruss. erste Sorten —,— M., in- und ausländische bessere Sorten 4.00—4.30, in- und ausländische geringere Sorten 3.75—3.90, Kalkeier 3.50—3.60, kleine Eier 3.50 —, Kühlhauseier — — —. Tendenz: geschäftlos.

Fettwaren und Oele.

Hamburg, 23. Jan, Stadtschmalz 63.00, amerikan. Steam 54.25. Chamberlain 54.25.

Köln, 23, Jan. Rüböl loko 68.00, per Mai 66.00.

Spiritus.

Nordhausen, 23. Jan, Branntwein 35 Vol. Proz. für 100 kg (104—105 l) 81.75—82.75 M., do. 40 Vol. Proz. für 100 kg (105 bis 106 l) 93.75—94.75 M. per loko 1912 ohne Fass ab Brennerei.

Chemische Produkte.

Hamburg, 23. Jan. Chilisalpeter per loko 11.57½, Febr.-März 11.60, frei Fahrzeug Hamburg. Tendenz: Fest.

Wolle.

Bremen, 23. Jan. Baumwolle Upl. loko middl. 64.25.

Liverpool, 23. Jan. Baumwolle, Umsatz 8 000 Ballen. Import 20 000 Ballen, davon amerik. Lieferg. 18000 Ballen.

Liverpool 23. Jan. Aegypt. Baumwolle per März 9.86.

Alexandria, 23. Jan. Aegyptische Baumwolle per März 16.15, Mai 16 19, Nov. 16.01.

Metalle.

London, 23. Januar. Chili-Kupfer ruhig 71, 3 Mon. 71¼, Zinn, Straits ruhig 227½, 3 M. 227¾, Blei span., kaum stetig 17 3/16 engl. 17½, Zink, gewöhnl. Marke, ruhig 26⅛, spez. Marke 26⅞.

Amerikanische Warenmärkte.

Kabelmeldung via Azoren-Emden.

New York.	23. I.	22. I.		23. I.	22. I.
Weizen p. Mai	98½	99⅛	Roggen loko	64¼	63½
„ „ Juli	96¾	96⅛	Schmalz p. Jan.	10.07	10.10
Mais loko	56¾	57⅝	„ „ Mai	10,15	10.17
Mehl Spring cl.	3.90	3,95	**New York**		
Chicago.			Petroleum in Cases	10.80	10.80
Weizen p. Mai	92¼	93	do. in Stard. White	8.50	8.50
„ „ Juli	89¾	90⅜	do. in Cred. Balanc.	205	205
Mais p. Mai	51⅝	52⅝	Kaffee loko	13¾	13¾
„ „ Juli	52¼	53¼	„ p. Jan.	13.04	13.08
Hafer p. Mai	33⅝	34¼	„ „ März	13.20	13,24
„ „ Juli	33⅜	34⅝			

Tendenz: Weizen willig. Mais willig.

Wasserstände.

(+ bedeute über, — unter Null.

Saale und Unstrut.						Fall	Wuchs
Artern, Brückenpegel			22. Jan.	+0,8	23 Jan.	+0,55	—	—
Nebra Oberpegel			„	+2,30	„	+2.4	—	4
„ Unterpegel			„	+.57	„	.66	—	9
Weissenfels, Oberpegel			„	+2,44	„	+2,4	—	2
„ Unterpegel			„	+0,38	„	+0,44	—	6
Trotha			22.	+1,90	23.	+1,84	6	—
Alsleben, Oberpegel			21.	+2,43	22.	+2,42	1	—
„ Unterpegel			„	+1,43	„	+1,38	5	—
Bernburg			„	+1,0	„	+1,12	—	3
Kalbe, Oberpegel			„	+1,58	„	+1,57	1	—
„ Unterpegel			„	+0.76	„	+0,74	2	—
Iser. Eger. Elbe. Moldau.								
	Jan.	Fall	Wuchs		Dez.		Fall	Wuchs
Jungbunzl.	1	+0,0	1	—	Wittenberg	23.	+1,67	—	9
Laun	„	+0,14	11	—	Rosslau	„	+0,9	—	2
Budweis	„	—0,05	—	—	Barby	„	+1,33	—	7
Prag	23.	+0,28	—	6	Schönebeck	„	+1,24	—	11
Pardubitz	21.	—0,1	—	—	Magdeburg	„	+1,10	—	12
Brandeis	„	+0,41	4	—	Tangermde.	„	+1,74	—	3
Melnik	„	+0,14	10	—	Wittenberge	„	+1,46	—	4
Leitmeritz	23.	+0,16	—	7	Dömitz	„	+0,08	—	1
Aussig	„	+0,30	—	7	Boizenburg	„	+0,9	2	—
Dresden	„	+1,1	—	14	Hohnstorf	23.	+1,08	—	—
Torgau	„	+0,73	—	19	Lauenburg	„	+1,06	1	—

Aussig, 23. Januar — Pegelstand plus 6,31 m. Vom Oberlauf wenig 0,08 m Fall gemeldet

Redaktions-Leitung: Wilhelm Georg.
Verantwortlich für den politischen Teil: Wilhelm Georg; für den lokalen Teil, für Provinzialnachrichten, Gericht, Handel: Eugen Brinkmann; Feuilleton, Vermischtes usw.: Martin Feuchtwanger; für Ausland und letzte Nachrichten: Dr. Karl Baer; für den Inseratenteil: Albert Barth; Druck und Verlag von Otto Hendel. Sämtlich in Halle a. S.
— Diese Nummer umfaßt 8 Seiten —
einschließlich Unterhaltungsblatt

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19130124011/fragment/page=0005

Die Rubrik in Cursivschrift gibt die Zinstermine an. Es bedeuten:

1 1.Jan.	4 1.Apr.	7 1.Juli	O 1.Okt.	a 1.1.7.	d 1.4.10.	g 15.3.9.	k 15.6.12.
2 1.Febr.	5 1.Mai	8 1.Aug.	N 1.Nov.	b 1.2.8.	e 1.5.11.	h 15.4.10.	l 11.6.12.
3 1.Mrz.	6 1.Juni	9 1.Spt.	D 1.Dez.	c 1.3.9.	f 1.6.12.	i 16.5.11.	v versch.

q_1 quartaliter 1.1.4.7.10. q_2 do. 1.2.5.8.11. q_3 do. 1.3.6.9.12.

Berliner Börse, 23. Jan. 1913

Umrechnungssätze: 1 Fr., Lire, Leu, Peseta: 80 Pf. — Oest. 1 fl. Gold: 2 M., Währ.: 1,70, 1 Kr.: 0,85. — 7 fl. südd.: 12. — 1 fl. holl.: 1,70. — 1 M. Banco: 1,50. — 1 Kr.: 1,12½. — 1 Rbl.: 2,16. 1 Gold-Rbl.: 3,20. — 1 Peso: 4. — 1 Doll.: 4,20. — 1 Lstrl.: 20,40 M.

Berlin. Bankdiskont 6%, Lombardzinsfuß 7%, Privatdiskont 4⅝%.

Nachdr. verb.

Dtsch. Fds. u. Staats-Pap.			
Dt.Rchs.Sch.	a	4	99.8bB
do. 1.4.15	d	4	99.70b
do. 1.5.16	d	4	99.80B
Dt.Rchs.-Anl	v	4	100.00B
do. do.	v	3½	88.80bG
do. do.	v	3	78.10B
Dt. Schutzg.	a	4	98.6bB

Mainzer 00	a	4	97.25G
Mannh01 06	b	4	97.60G
Mind. 95 02	v	3½	88.50G
MülheimRhr.	d	4	90.00G
München 94	v	3½	89.70G
do.00 01 06	v	4	97.75b
do. 07 u. 13	d	4	97.75b
do. 1908/11	e	4	98.10b
Nürnb 99 01	v	4	97.40b

Türk.Bagd.2	a	4	80.90bG
do. unif. 03	c	4	88.20b
do. do. 05	c	4	76.80bG
do. do. 08	a	4	76.80bG
do. Zoll-Obl.	a	4	77.25bG
do. 400Fr.-L	—	frc.	163.80b
Ung. Goldrt.	a	4	88.60b
do. do. kleine	a	4	89.25b
do.Kronenrt.	f	4	—.—

Mosk. KiewW	d	4½	96.90b
do. 1910	a	4½	96.60b
do. Rjäsan	d	4	88.40G
do. Wind.Ryb	b	4	90.40b
Podol.Eisnb.	d	4½	88.60B
Rjäsan-Kozl	d	4½	96.70G
do.Uralsk94	c	4	—.—
do. 07 uk.08	e	4	88.40G

Pr. Pfd.-B.26	a	3½	90.25G
do. 17 18 24	v	3½	87.25G
Pr. Klnb.-Ob.	a	4	95.75G
do.KmOb 6,7	a	4	98.40bG
do.S.9 uk.20	a	4	98.50bG
do.S10 uk21	d	4	98.60G
do.Serie1. 3	v	3½	87.60G
do.S.5 uk.17	a	3½	90.00G
RhilPf83-85	d	4	96.60G

Sächs.El.L.5	1	4½	99.50G
Sauerbrey 3	a	*4½	98.00bG
Schalk.Gr99	a	*4	95.00B
Schles.Klb.3	v	*4½	99.50G
Schuck.&C 2	a	4	97.50B
do. 2	d	4½	100.25G
Schulth.Br.5	a	*4	
SeebeckS. 2	a	*5	90.25G
Fr.Seiff.&C3	a	*4½	100.00G

Germn.Drtm.	O	9	141.25G
Gevelsberg.	O	3	60.00G
Glückauf	O	8	125.00G
Henning.Rfb	O	0	51.00G
Herkul.Cass.	O	9	153.75B
Holsten	O	14	193.25G
Hugger Pos.	O	8½	134.00G
Isenbeck&C.	O	6	103.75B
Kiel. Schloss	O	5	104.50B

Dt.Lin uWchs	1	10	171.00bG
do. Schachtb	1	35	404.00bG
do.Spiegelgl	1	25	378.75bG
do. Steinzg.	1	16	240.00b
do.Ton uStz.	1	10	161.50bG
do.Waff.uMn	1	25	575.00b
do.Wagg.Lh.	1	15	203.50b
do.Wasswrk.	1	5	111.25b
Dt. Eisenhdl.	1	7	125.50bG

Kosth. Cell.	1	12	179.75bG
Emil Köster	4	10	149.00bG
Kronpr. Met.	1	22	353.50bB
Gb.Krüg.&C.	1	12	173.00bG
KruschwitzZ.	7	22	280.50bG
Kunz Treibr.	1	4	102.00bG
Kupfw Dtschl	1	8	132.00bG
Küppersb&S	1	13	216.50
Kyffhäuserh.	1	12	167.00bG

Schönebeck	7	5	116.80bG
Schöneb. Fr.	4	0	92.00bG
C.Schoening	5	8	128.00bG
Schönw. Prz.	1	2	85.80bG
Herm. Schött	1	9	134.00bG
Schftg. Huck	1	6	127.00G
Schub.& Slz.	4	20	319.40bB
SchuckertEl.	8	8	150.00b
Fr. Schulz jr.	1	23	317.75G
Schulz-Kndt	1	5	156.50b